

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Zeile den Betrag von 10 Pf. für die erste Zeile, 5 Pf. für die zweite, 3 Pf. für die dritte, 2 Pf. für die vierte, 1 Pf. für die fünfte, 1 Pf. für die sechste. Für die nächste Nummer müssen die 5 Pf. nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Gebühren für bis 7 Uhr abends gelten.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Donnerstag, den 31. Dezember 1914.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Deutsch-österreichische Fortschritte in Polen.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Die „Times“ über die Kriegsdauer.

Kopenhagen, 30. Dezember. (A. U.) Der militärische Mitarbeiter der „Times“ veröffentlicht einen längeren Aufsatz über die Kriegsdauer, in dem ausgeführt wird, daß die von Frankreich in der Kampflinie verwendeten Truppenstärken in keinem rechten Verhältnis zu der Anzahl der ausgebildeten Mannschaften stehen, über die Frankreich wirklich verfügt. Das hängt damit zusammen, daß Frankreich in den Tagen des Friedens nicht über solche gewaltigen Vorräte an Waffen und Munition sowie Ausrüstungsgegenstände verfüge, wie Deutschland in bewundernswürdiger Weise. Frankreich müsse solche Vorräte erst schaffen, bevor es daran denken könne, mit den Engländern und Belgiern zusammen die Deutschen aus Frankreich und Belgien ganz zu vertreiben. Daß Rußland Polen nicht vom Feinde habe säubern können, sei auf das Fehlen eines der militärischen Situation entsprechenden Eisenbahnen zurückzuführen, das sich um so fühlbarer mache, als die Deutschen und Österreicher im besetzten Polen ein vorzügliches, starkes Eisenbahnnetz besitzen. Die „Times“ rät Rußland zum Bau von strategischen Bahnen in Polen. Das sei zwar zeitraubend aber notwendig, da die Russen jetzt hinsichtlich der Truppenverschiebungen in Polen äußerst ungünstig gestellt seien und ein glücklicher Ausfall der kriegerischen Operationen ungeheuer erschwert werde, obwohl die Russen in Polen das numerische Übergewicht über die Deutschen und Österreicher hätten.

## Französische Entschuldigungen.

Paris, 30. Dezember. (A. U.) Eine offizielle Note erklärt zu dem deutschen Bericht aus dem Großen Hauptquartier, welcher das Bombardement von Nancy als Repräsentation für die Bombenwürfe französischer Flieger auf die offene Stadt Freiburg darstellt: Die französischen Flieger führten immer nur durch militärische Gründe veranlaßte Kriegsoperationen aus. Sie trafen in Freiburg und Metz nur militärische Bauwerke. Ein französisches Luftschiff, welches Saarburg überflog, bombardierte den Bahnhof und andere Punkte der Strecke Saarburg-Stricourt. Tagedeck flogen deutsche Bomben in Nancy mitten in die Stadt an eine Stelle, welche von jedem militärischen Bauwerk entfernt liegt und wo keine Truppen versammelt waren. Diese Bomben konnten also nur Privathäuser der Bevölkerung treffen.

## Eine unwahre Behauptung des „Daily Telegraph“.

London, 30. Dezember. (A. U.) Dem „Daily Telegraph“ wird aus Washington gemeldet: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat versucht, die Anerkennung Argentiniens zu erlangen, daß Deutschland berechtigt sei, Belgien als Vasallenstaat zu annektieren. Der Versuch ist vollständig mißglückt. Bei der letzten Konferenz der Diplomaten des lateinischen Amerikas in Washington, der Staatssekretär Bryan beiwohnte, wurde eine geheime Resolution angenommen, eine solche Anerkennung zu verweigern.

## Die deutschen Verluste vor Lombardzide.

Berlin, 30. Dezember. (A. U.) Aus dem Großen Hauptquartier erfahren wir: Die Pressenachricht, daß die Belgier in den Kämpfen bei Lombardzide zweitausend Deutsche gefangen genommen haben, ist vollständig erfunden. In den wochenlangen Kämpfen in der Gegend von Lombardzide und Neuport haben die Deutschen an Toten, Verwundeten und Vermissten überhaupt nur etwa zwölfhundert Mann verloren, und die Zahl der Vermissten, die allein gefangen sein könnten, ist dabei verschwindend gering. Auch die in der Pressenachricht geschilderten Nebenumstände sind von Anfang bis zu Ende unwahr.

## Vorkehrungen gegen einen deutschen Luftangriff gegen London.

London, 30. Dezember. (A. U.) Die Marine- und Militärbehörden machen die Straßenpassanten auf die Gefahr durch Geschosse und Angeln aufmerksam, die von Kanonen, welche man gegen feindliche Luftschiffe verwendet, beim Versuche eines Luftangriffes auf London abgeschossen werden würden. Die Zivilbevölkerung wird aufgefordert, womöglich in Kellern ihre Zuflucht zu suchen, sobald sie Schüsse höre.

## Englische Verstärkungen in Frankreich gelandet.

Rotterdam, 30. Dezember. (A. U.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Havre: In den letzten Tagen sind große Mengen englischer Truppen nach Frankreich

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 30. Dezember 1914, vormittags. (W. L. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Um das Gehöft St. Georges südöstlich Neuport, welches wir vor einem überraschenden Angriff räumen mußten, wird noch gekämpft. Sturm und Wolkenbrüche richteten an den beiderseitigen Stellungen in Flandern und im Norden Frankreichs Schaden an. Der Tag verlief auf der übrigen Front im allgemeinen ruhig.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Ostpreußen wurde die russische Heereskavallerie auf Pilskalen zurückgedrängt. In Polen rechts der Weichsel ist die Lage unverändert.

Auf dem westlichen Weichselufer wurde die Offensive östlich des Bzura-Abschnittes fortgesetzt. Im übrigen dauern die Kämpfe am und östlich des Rawka-Abschnittes sowie bei Inowloz und südwestlich fort.

Nach auswärtigen Mitteilungen hat es den Anschein, als ob Lowicz und Skierniewice nicht in unserem Besitz wären; diese Orte sind seit mehr als sechs Tagen von uns genommen, Skierniewice liegt weit hinter unserer Front. Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 30. Dezember. (A. U.) Amtlich wird verlautbart: 30. Dezember, mittags. In den Karpathen griffen unsere Truppen nördlich des Hszofer Passes an und nahmen mehrere Höhen. Nördlich des Luplower Passes brachte ein Gegenangriff die Vorrückung der Russen zum Stehen. Weiter westlich ging der Feind mit schwächeren Kräften an einzelne Nebengänge heran. Nördlich Gorlice, nordöstlich Jaliczyn und an der unteren Rida brachen die russischen Angriffe unter schweren Verlusten zusammen.

Im Raume östlich und südöstlich Tomaszow machten die Verbündeten Fortschritte. Auf dem Balkankriegsschauplatz herrscht an der serbischen Grenze Ruhe. Rächliche Angriffe der Montenegriner auf Gat bei Autovac und aus Laibwa bei Trebinje wurden abgewiesen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschallleutnant.

transportiert worden; in Gabe allein sind schätzungsweise 40 000 Mann gelandet worden.

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

### Zur Lage in Galizien.

Nichtamtlich. Wien, 20. Dezember. (A. U.) Der Kriegsberichterstatter der „Neuen Freien Presse“ Roda Roda erzählt über die militärische Lage folgendes: Nach dem „Eber“ bei Vozd einerseits und bei Boschnia und Limanowa andererseits mußte es das erste Vordringen der Russen sein, sich der deutschen und österreichisch-ungarischen Umklammerung zu entziehen. Vor allem hieß es, die gefährliche konvergente Front in eine mehr geradlinige umzuformen. Indem der russische Generalstabschef seiner schwer bedrohten südlichen Flanke mit großen Verstärkungen zu Hilfe kam, schaffte er sich die nächste und größte Bedrohung vom Leibe. Er aber wurden dadurch genötigt, dem russischen Stoße Schrittweise festhaltend auszuweichen und auf dem Raum der Karpathen zurückzugehen. Damit erlangten die Russen auch den Vorteil, daß sie die mühe- und verlustreiche zwei Monate dauernde Einkesselung von Przemyśl einzuweichen noch nicht aufzugeben brauchten, dem aber der Nachteil gegenübersteht, daß sie einen großen Teil ihrer Kräfte fern von dem Hauptkampfplatze in Rußisch-Polen festgelegt haben.

## Zur Angelegenheit des Dr. Weill.

Von G. Ledebour, W. d. R.

Mit der Tatsache, daß der Brief, der unterzeichnet war: Georges Weill, ehemaliger Reichstagsabgeordneter von Metz, nicht nur im „Figaro“, sondern am 20. Dezember auch in der „Humanité“, dem Parteiorgan der französischen Sozialisten, veröffentlicht wurde, ist nunmehr der Eintritt Weills in die französische Armee als zweifellos festzustellen. Man könnte seine Angelegenheit damit vorläufig ausschalten aus der öffentlichen Erörterung, wenn nicht frühere Freunde Weills in der Presse unrichtige Behauptungen aufgestellt hätten, die im Interesse unserer Partei zurückgewiesen werden müssen.

In der „Stampferischen Korrespondenz“ wird geschrieben:

„Am 3. August, am selben Tag, vielleicht zur selben Stunde, da Ludwig Frank als Freiwilliger in die deutsche Armee eintrat, hat sich Georges Weill zum Dienst im französischen Heere gemeldet! Die Tragik des Bürgerkrieges kommt und erschütternd zum Bewußtsein in diesem läßt Anseinandergedenken zweier Freunde und Kampfgenossen. In unserer Erinnerung taucht eine Anekdote in der großen Wandelhalle des Reichstages auf, an deren runden Tisch an jenen Sitzungstagen Frank fast täglich zu finden war, neben ihm fast immer Weill, umher ein Franz von Parlamentariern, deutschen und französischen Sozialisten. Das Thema, das an diesem Tisch fast ausschließlich besprochen wurde oder auf das man nach allerlei Umwegen doch immer wieder zurückkam, war die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.“

Es wird dann erwähnt, daß Frank und Weill für die Verständigung zwischen beiden Ländern rühmlich gewirkt hätten. Weiter heißt es:

„Erst die Kriegserklärung bewirkte jenen furchtbaren Umschwung, der sich in seiner Wirkung als französischer Kriegsteilnehmer kundgab. Frank und Weill nahmen am selben Tage die Plüme auf die Schulter, um gegeneinander zu kämpfen! Nichts gibt Anlaß daran zu zweifeln, daß Weill erst durch die feierliche Katastrophe, die ihn der Ausbruch des Weltkrieges verursachte, zu seiner jetzigen für uns so tief beklagenswerten Stellungnahme gelangt ist. Solange er unter uns wirkte, war er kein Feind des deutschen Volkes. Sonst hätte er weder in der deutschen sozialdemokratischen Fraktion, noch im Kreise seiner engeren Freunde einen Platz gefunden!“

Wichtig ist an dieser Darstellung Stampfers, daß Weill mit Frank eng befreundet war, und daß er Frank jedenfalls ebensowenig wie andere seiner Parteigenossen hat abnen lassen, wie es in seinem Innern eigentlich ansah. Die überschwängliche Schilderung, wie Frank und Weill zusammen in der Wandelhalle „Cercle“ abgehalten haben, mag man dem betrübten Freundeshergen Stampfers zugute halten. Für den Kranz von Parlamentariern wäre die Schilderung einigermaßen blamabel, wenn sie buchstäblich wahr wäre. Daß aber Weill auch zu jener Zeit sich vollends als Franzose gefühlt, wenn auch nicht öffentlich gegeben hat, geht ja deutlich aus seiner Pariser Erklärung hervor, in der er betont, er habe als Esch-Verfolger „wie alle anderen Franzosen“ für den Frieden gewirkt.

Ein anderer Freund Weills, ein jetzt verwundet in Lazarett liegender bürgerlicher Journalist, hat ferner in der „Kälvinischen Zeitung“ einen Brief veröffentlicht, in dem es heißt:

„Die politischen Freunde Weills, deren bester der elegante, keine Gläser eine ganze Menge, admet Weills Entschluß. Vor einem Jahre schon machte Dr. Weill kein Hehl daraus, daß er mehr französischer als deutscher Sozialdemokrat sei. Sein Umgang war die Weltweit, in der der Witz des fabelhaft korrekt angezogenen Eschfärsers Aufsehen erregte. Am sozialdemokratischen Stammtisch bei Joffe fehlte er. Dafür sah er im Café „Wohlgewohn“, spielte Juchendlang Villard, und Schreiver dieser Zeiten ist oft in den frühesten Morgenstunden mit ihm nach Hause gepilgert. Weills Absicht war längst, Franzose zu werden, da seine Eltern Vollblutfranzosen waren. Aber im tiefsten Herzen barg er den Gedanken, Führer einer großen Partei zu werden. Die deutsche Sozialdemokratie, zu deren feinsten Köpfen er gehörte, hatte ihn fallen lassen, als sie Wind von seinen ehrgeizigen Plänen bekam. Der geschnitzte und gebügelte Eleganz postete nicht in den beiden Loh der sozialdemokratischen Reichstagsmehrsheit. Aber rednerisch hatte sie ihn nötig. Bei seinen Reden füllte sich der Saal des Reichstages, alle Parteien hörten ihm zu. Sein Ehrgeiz verließ gegen das Programm. So ließ man ihn langsam fallen. Weill suchte sich andere Ziele: und zur Erreichung seines Lebenszieles: Führer zu werden, trat er jetzt in die französische Armee ein. Jaurès' Erbe wollte er vor Jahr und Tag schon werden. Er möchte daraus kein Gebl. Nun ist er Vollblut-Franzose geworden, der er längst innerlich war.“

Wie aus diesen Mitteilungen hervorgeht, hat Weill bürgerlichen Politikern gegenüber früher schon unabweisungsfähig fundgetan, daß er sich als Franzose fühlte, was er seinen sozialdemokratischen Reichstagskollegen sorgfältig verheimlicht hat. Was der Villardfreund sonst noch über Weills Erfahrungen in der Sozialdemokratie mitzuteilen weiß, ist

nachträglich auf dessen eigene Angaben zurückzuführen und wird ebenso wie die Zukunftsbilder, die Weill ihm vorgegaukelt hat, nicht geringe Seiterkeit in den Kreisen der deutschen wie der französischen Sozialisten erregen. Das ganze Geschwafel trägt den Fabrikstempel des Cafés „Größenwahn“ deutlich an der Stirn.

Das groteske Märchen, man habe ihn in der Fraktion „fallen lassen“ aus Besorgnis aus seinem programmwidrigen Ehrgeiz, macht Weills Erfindungsgabe alle Ehre. Er kam erst 1912, noch nicht ganz 30 Jahre alt, in den Reichstag. Ein so junger Mann hätte sich doch erst durch längere Tätigkeit eine Position erwerben müssen, ehe man ihn überhaupt hätte „fallen lassen“ können. Eine leitende Stellung konnte er naturgemäß noch gar nicht einnehmen, aber man hat ihn bereitwilligst wiederholt sprechen lassen, z. B. zum Kamerun-Stat. weil ihm da interessantes Material zur Kennzeichnung der Landgesellschaften zur Verfügung stand. Konnte er es doch sogar noch in diesem Frühjahr mit Hilfe seiner Freunde durchführen, daß ein anfänglicher Beschluß der Fraktion, in der Raderdebatte die Genossen Böhle-Strasbourg und Emmel-Mühlhausen sprechen zu lassen, in letzter Stunde wieder umgestoßen und an Emmels Stelle Weill selbst eingeschoben wurde. Und das beklagt sich dann darüber, man habe ihn „fallen lassen“!

Wenn Weill bei vielen seiner Kollegen schließlich in Mißkredit gekommen war, so hatte das eine ganz andere Ursache, als seine parlamentarische Betätigung. Es war bekannt geworden, daß er, um sich Informationen für die „Humanität“ zu holen, in der Redaktion des „Berliner Tageblattes“ tagtäglich aus und ein ging, also mit einem Blatt in Geschäftsverbindung getreten war, das seit Jahren es sich zur Aufgabe macht, den radikalen Flügel der Partei systematisch zu bekämpfen und den revisionistischen Flügel ebenso systematisch zu begünstigen. Wegen dieses Verkehrs zur Rede gestellt, gab Weill an, persönlich komme er mit den Redakteuren des „Tageblattes“ fast gar nicht in Berührung; er lasse die Nachrichten meist durch seinen Sekretär holen. Man ging mit einem Achselzucken darüber hinweg; doch hielten viele von uns eine solche Nachrichtenkorrektur bei dem „Tageblatt“ überhaupt für unüberträglich mit der Stellung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Es ist überhaupt mehr als zweifelhaft, ob dem Dr. Weill jemals der Ernst der Aufgaben und Pflichten, die er mit einem sozialdemokratischen Mandat übernommen hatte, zum Bewußtsein gekommen ist. In der „Fränkischen Tagespost“ wird angedeutet, daß er seine Ueberzeugung gewechselt habe so schnell wie seine Strawatte. Im Reichstag hat er sich jedenfalls durchweg zum äußersten rechten Flügel der Fraktion gehalten. Als es in der Fraktion anlässlich des Halles Landesberg zu Auseinandersetzungen über das Verhältnis unserer Partei zur Monarchie kam, war Weill, der sich damals doch schon als Franzose gefühlt haben muß, einer der eifrigsten Befürworter einer weitgehenden Anpassung an monarchistische Auffassungen. Danach könnte er auf dem neuen Schauplatz seiner Tätigkeit sich — je nach der Konjunktur — für Philipp von Orleans oder Viktor Napoleon erwärmen.

Nach all solchen Erfahrungen glaube ich auch nicht an die großen Seelenkämpfe, die nach Ansicht Stampfers dem Uebertritt Weills in das französische Heer vorausgegangen sein sollen. Wer, wie er, trotz halb französischer Erziehung ein Jahrzehnt lang im Bereich der deutschen Sozialdemokratie seinen Wirkungskreis gefunden hat, vor allem, wenn er wirklich von innerem Drang getrieben, aufrichtig für die Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland eingetreten wäre, dürfte nie und nimmer beim Kriegsausbruch freiwillig gegen Deutschland die Waffen ergreifen.

Wie ein wahrhaft fein empfindender Mann und großer Charakter sich in solcher Lage benimmt, dafür haben wir ein klassisches Beispiel aus der Zeit vor 100 Jahren. In ähnlicher Lage wie Weill heute geriet damals Adalbert v. Chamisso. Geborener Franzose, war er mit seinen Eltern zur Zeit der französischen Revolution nach Deutschland gekommen. Er ist dann mit dem deutschen Volk verwachsen, und seine deutschen Dichtungen haben ihm einen Ehrenplatz unter unseren Klassikern verschafft. Er fühlte sich beiden Völkern sinnes- und seelenverwandt. Als dann die Befreiungskriege Deutsche und Franzosen gegeneinander in die Waffen riefen, fühlte er sich innerlich zerrissen, da er „an den Weltereignissen nicht tätig Anteil nehmen durfte“. Um aus der unerträglichen Lage herauszukommen, übernahm er schließlich bei der Kogebueschen Expedition eine Stellung als Naturforscher. In der Einleitung zu seiner Schilderung dieser „Reise um die Welt“ fand Chamisso für seine Lage das treffende Wort: „Die Zeit hatte kein Schwert für mich.“

Die heutige Zeit hätte auch kein Schwert haben dürfen für Weill. Doch freilich, man darf ihn nicht mit dem Rohstahl eines Chamisso messen. Man sollte sich aber auch nicht über ihn entrüsten. Sein Verhalten löst ja verschiedenartige Empfindungen bei uns aus. Aber Entrüstung? Nein! Das wäre eine Gefühlsübergangung.

## Bevölkerungsabnahme in Warschau.

Nach offiziellen russischen Quellen hat die Bevölkerung Warschaus im Oktober um 200 000 Personen oder mehr als ein Drittel abgenommen.

In der ersten Hälfte des November trafen in Warschau 75 000, in der zweiten Monatshälfte weitere 125 000 Personen ein, darunter ein Viertel — also über 50 000 — Flüchtlinge aus dem Kampfgebiet.

Trotz des ungeheuren Zustroms von Flüchtlingen beläuft sich die Bevölkerung Warschaus auf 80—100 000 weniger als zu normalen Zeiten.

## Der Seekrieg.

### Darstellung des Kommandanten der „Dresden“ über die Seeschlacht bei den Falklandsinseln.

London, 30. Dezember. (B. L. Z.) Der gestrige „Daily Telegraph“ berichtet nach einem Telegramm der „New York Times“ aus Buenos Aires vom 17. Dezember: Der Kommandant des kleinen Kreuzers „Dresden“ hat dem deutschen Konsul in Punta Arenas folgende Schilderung über den Kampf bei den Falklandsinseln gegeben:

Das deutsche Geschwader verließ den Stillen Ozean und ging um Kap Horn nach den Falklandsinseln. Ehe es dort

ankam, sandte Admiral Graf Spee einen Kreuzer voraus, um festzustellen, ob englische Schiffe anwesend seien. Der Kreuzer berichtete, daß zwei englische Kreuzer anwesend seien. Der Admiral traf sofort Vorbereitungen zum Kampf. Als wir uns den Inseln näherten, sahen wir nicht zwei, sondern sechs Kreuzer, aber der Admiral hielt an seinem Entschluß fest. Noch später bemerkten wir zwei Schlachtkreuzer der Lion-Klasse am Eingange der Bucht.

Die Wetterbedingungen waren ausgezeichnet. Der Admiral beschloß, mit „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ den Kampf aufzunehmen und befahl den drei anderen Schiffen, sich zu zerstreuen. Das englische Geschwader wurde hierauf von „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ angegriffen, während die kleinen Kreuzer „Leipzig“, „Nürnberg“ und „Dresden“ versuchten, außer Schußweite zu gelangen. Die englischen Schiffe führten 34,3 Zentimeter-Geschütze, während die beiden deutschen Panzerkreuzer nur 21-Zentimeter-Geschütze hatten.

Der Kommandant der „Dresden“ entnahm aus einem englischen Radiogramm den Untergang von „Scharnhorst“ und „Gneisenau“, mußte aber nichts über das Schicksal von „Leipzig“ und „Nürnberg“.

Der Kapitän des englischen Dampfers „Driffa“ berichtet, daß das englische Geschwader so wenig Kohlen an Bord hatte, daß einige Schiffe ihre Boote und alle anderen verbrennbaren Gegenstände verheizen mußten. Der Panzerkreuzer wurde unter der Wasserlinie leicht beschädigt.

## Vorsichtsmaßregeln in Scarborough.

London, 30. Dezember. (B. L. Z.) Der gestrige „Daily Telegraph“ meldet aus Scarborough vom 28. d. M.: Der Kommandant des Begleites hat angeordnet, daß zwischen 4 1/2 Uhr nachmittags und 7 1/2 Uhr morgens innerhalb 5 Meilen von der Küste zwischen Saltbourn und Spurnhead von keinem Fahrzeuge Motoren, elektrische und andere starke Lampen benutzt werden dürfen. Alle Lichter in den Häusern, die auf See sichtbar sind, sind auszulöschen oder abzublenden. Niemand darf ohne Ermächtigung Licht oder Feuer anzünden oder Feuerwerk abbrennen. Wer auf offener Straße auf Anruf nicht stehen bleibt, läuft Gefahr, erschossen zu werden.

## Acht Schiffe durch Minen versenkt.

London, 30. Dezember. (B. L. Z.) Die „Times“ berichtet unter dem 29. Dezember: Western sind vier englische Schiffe durch Zusammenstoß mit Minen verloren gegangen, nämlich der Dampfer „Umaria“, der kleine Dampfer „Gem“ und zwei Fischerdampfer. Seit dem Weihnachtstage sind in der Nordsee acht Schiffe infolge von Minen zu Grunde gegangen.

## Das Unterseeboot „Curie“ verloren gegeben.

Paris, 30. Dezember. Amtlich wird gemeldet: Das französische Unterseeboot „Curie“, welches von der Flotte abgefordert wurde, um allein militärische Operationen gegen vor Pola ankommende österreichisch-ungarische Kriegsschiffe auszuführen, ist zur selbigen Zeit nicht zur Flotte zurückgekehrt. Es kann deshalb den Nachrichten der ausländischen Presse Glauben beigegeben werden, denen zufolge dieses Unterseeboot versenkt und die Besatzung gefangen genommen wurde.

## Der türkische Krieg.

### Die Exkommunizierung Hussein Kemals.

Konstantinopel, 30. Dezember. (B. L. Z.) Eine amtliche Mitteilung gibt bekannt, daß gegen Hussein Kemal, Sohn des ehemaligen Rhediven Ismail Pascha, etwas erlassen worden seien, weil er versucht habe, die Souveränität der Türkei über die Provinz Aegypten, die einen integrierenden Teil des Osmanischen Reiches bilde, zu verletzen und durch seine klugwürdige Handlungsweise die Untwerfung dieser Provinz unter die Herrschaft Englands in die Wege geleitet habe. Die amtliche Mitteilung kündigt gleichzeitig an, daß beschlossen worden ist, Hussein Kemal seines Ranges und seiner Ehrenzeichen für verlustig zu erklären und ihn vor das Kriegsgericht des vierten, für Aegypten zuständigen Armeekorps zu stellen. Dem Kommandeur dieses Korps sei bereits ein entsprechender Befehl zugegangen.

Die in der amtlichen Mitteilung erwähnten Fetwas, drei an der Zahl, sind von der „Agence Ottomane“ in türkischer Sprache veröffentlicht worden. Das erste Fetwa besagt: Wenn ein Muselmane sich England anschließt, das sich im Kriege gegen das islamitische Kalifat befindet, und versucht, Aegypten, das einen integrierenden Teil des Reiches bildet, aus den Staaten des Kalifats herauszureißen und unter die Herrschaft Englands zu bringen, wenn er sich ferner zum Sultan ausruft läßt unter dem Schutze der englischen Regierung, hat er dann das Verbrechen des Verrats gegen Gott, den Propheten und die islamitische Gemeinschaft begangen? Antwort: Ja! — Das zweite Fetwa ist unterzeichnet Haidr, Scheich ul Islam. Das dritte Fetwa erklärt, daß, wenn dieser Muselmane in seiner Auslieferung verharret und dem Kalifen nicht gehorcht, er die schlimmsten Strafen der anderen Welt verdient und geädelt werden kann.

Konstantinopel, 30. Dezember. (B. L. Z.) Die angekündigten schwerwiegenden Maßnahmen gegen Hussein Kemal machen großen Eindruck, da sie in der Geschichte des Islams selten vorgekommen sind. Durch Beschluß der Regierung wird Kemal der Generalrang und der Paschatitel abgezogen. Die in den Fetwas verhängten Strafen kommen einer Exkommunizierung beziehungsweise Exkommunizierung gleich.

## Rußlands Ohnmacht im Schwarzen Meer.

Konstantinopel, 30. Dezember. (B. L. Z.) „Jdam“ hebt die Wichtigkeit des gestrigen Berichts des Hauptquartiers hervor und sagt: Werden angesichts solcher bedeutenden Tatsachen Willibodu, Tale Jonescu und andere Mitglieder der angeblichen nationalen Liga in Rumänien noch immer von einer russischen Seeherrschaft sprechen können? Werden die Russophilen in Bulgarien noch behaupten können, daß Varna und Burgas einer Gefahr ausgesetzt sind? Die Kriegsergebnisse seit Beginn des Feldzuges beweisen, daß das angebliche Uebergewicht Rußlands auf dem Schwarzen Meer auf Null herabgesunken ist.

## Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

### Gefangennahme ausländischer Buren.

Kapstadt, 30. Dezember. (B. L. Z.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Führer der kulländischen, Martin Claabert, ist am 26. Dezember nordwestlich von Bloemfontein gefangen genommen worden. Seine Anhänger hatten sich vorher ergeben. Die Ueberreste der letzten Kommandos der kulländischen im Distrikt von Heilbronn haben sich ebenfalls ergeben.

## Das österreichisch-ungarische Rotbuch.

Wien, 30. Dezember. (B. L. Z.) Das in den nächsten Tagen erscheinende österreichisch-ungarische Rotbuch ist den Blättern zufolge seit längerer Zeit vorbereitet und befindet sich schon im Druck. Es wird jene Aktenstücke enthalten, die sich auf die unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges beziehen. Die bevorstehende Publikation ist zwar anerkennend die letzte in Reihe der amtlichen Publikationen, allein tatsächlich war Oesterreich-Ungarn die erste Macht, welche durch Veröffentlichung von Dokumenten Recht und Pflicht seiner Selbstverteidigung vor aller Welt klar dargelegt hat, wie dies in der vor Beginn des Krieges veröffentlichten, an die serbische Regierung gerichteten österreichisch-ungarischen Note und dem nachfolgenden aids memoires geschehen ist. Das Rotbuch kann selbstverständlich nicht die eigentlichen und ursprünglichen Gründe des Weltkrieges darstellen, weil man hierzu die Sammlung von Akten vieler, vieler Jahre veröffentlichen und weit in die Vergangenheit zurückgreifen müßte. Durch die Veröffentlichung des französischen Gelbbuches und des englischen Blaubuches ist aber die Notwendigkeit entstanden, zu diesen Darstellungen Stellung zu nehmen und gegenüber mehrfachen Täuschungsversuchen der englischen und französischen Diplomatie mehrfache Richtigstellungen für die internationale Öffentlichkeit vorzunehmen. In diesen Erwidierungen auf das Gelb- und Blaubuch wird das österreichisch-ungarische Rotbuch das deutsche Weißbuch ergänzen und in der Feststellung der Wahrheit unterstützen. Das „Fremdenblatt“ sagt: Das Rotbuch wird gewiß den Beweis erbringen, daß es nicht Deutschland und Oesterreich-Ungarn waren, die aus der notwendigen Abwehr unserer Monarchie gegen serbische Verbrechenpolitik die Ursache zum Weltkrieg geschaffen haben.

## Ein amerikanischer Protest gegen die Erschwerung der Handelschiffahrt.

Washington, 29. Dezember. (B. L. Z.) Präsident Wilson erklärte bezugnehmend auf eine an England gerichtete amerikanische Note, in der auf bessere Behandlung des amerikanischen Handels bestanden wird, daß England schließlich hohen Schadenersatz für die ungesetzliche Festhaltung amerikanischer Schiffsfrachten werde zahlen müssen.

Washington, 30. Dezember. (B. L. Z.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung hat England eine Note gefandt, in der sie auf baldige Verbesserung der Behandlung des amerikanischen Handels durch die britische Flotte besteht und warnend darauf hinweist, daß eine große Empfindlichkeit in Amerika durch „das ungerechtfertigte Eingreifen“ in den legitimen amerikanischen Handel erzeugt worden sei. Die Regierung sehe sich genötigt, endgültige Mitteilungen über Englands Haltung zu erbitten, um Maßnahmen zum Schutze der Rechte der amerikanischen Bürger zu ergreifen. Die Note führt zahlreiche besondere Fälle von Anhaltung und Beschlagnahme der Ladungen an und erklärt, die Vorstellungen seien in freundschaftlichem Geiste gemacht, aber die Vereinigten Staaten erachtet es für das Beste, eine offene Sprache zu führen. Die Note ist praktisch für alle Entente-mächte bestimmt.

In der Note wird gesagt, daß, obwohl die Exporteure sich nach den Wünschen der britischen Regierung richteten, keine Verbesserung der Lage der neutralen Schiffahrt im Verlaufe mit dem Beginn des Krieges eingetreten sei. Die Note spricht die Hoffnung aus, daß England einsehen werde, welche ernste Bedeutung die fortdauernde Einmischung für die neutrale Schiffahrt habe. Die Note legt dar, daß Nahrungsmittel bedingte Konterbande seien, da sie sowohl für die bürgerliche Bevölkerung, wie für die Armee bestimmt seien. Ueber das Anhalten von Schiffen auf See sagt die Regierung, daß sie das Durchsuchungsrecht kriegsführender Staaten anerkenne, aber der Beweis für die Bestimmung der Ladung für eine feindliche Nation müsse während der Durchsuchung geführt werden. Die Regierung protestiert gegen das Ausbringen neutraler Schiffe nur auf den Verdacht hin. Die Note betont, daß es die Pflicht der kriegsführenden Mächte sei, den neutralen Handel zu beschützen, und beschuldigt England, die skandinavischen Kupferladungen anders zu behandeln, als die amerikanischen. Die amerikanischen Ladungen nach Italien würden angehalten, während die für Skandinavien bestimmten unbelästigt blieben.

Der holländische Gesandte besuchte das Staatsdepartement und empfing dort eine Abschrift der amerikanischen Note an England. Der Gesandte sagte, Holland habe — England dasselbe erklärt. Die Vorstellungen Hollands erhielten durch die Stellungnahme der Vereinigten Staaten mehr Gewicht.

## Die Lage auf dem Balkan.

In der russischen Presse tauchten in den letzten Tagen in sehr bestimmter Form Nachrichten auf, daß zwischen Rumänien und Bulgarien ein Vertrag zustande gekommen sei, dem auch Italien sehr nahe stehe. Demgegenüber meldet die Petersburger „Reich“ am 29. d. Mts. sichtlich offiziell, in russischen diplomatischen Kreisen sei vorläufig noch keine Bestätigung der Gerüchte über einen Vertrag zwischen Rumänien und Bulgarien eingegangen. Unsere Diplomaten — schreibt das Blatt — halten aber einen solchen Vertrag nicht für unmöglich. Sie glauben bloß, daß unabhängig davon, ob ein solcher Vertrag zustande kommt oder nicht, eine Veränderung in der Haltung der Balkanstaaten gegenüber dem europäischen Krieg in nächster Zeit nicht zu erwarten ist. Unsere Diplomaten stehen auch den Vermutungen skeptisch gegenüber, daß Griechenland sich einem solchen Vertrage anschließen werde, da sie Zweifel hegen, daß die griechische Regierung bei ihrer jetzigen Stimmung auf irgendwelche Kompensationen an Bulgarien eingehen werde.

Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Bulgarien und Serbien teilt der nationalrussische „Petrogradsk Kurjer“ aus „hoch-

autoritativer Quelle" mit, die Mächte des Dreiverbandes seien vollkommen untereinander einig, daß Bulgarien bei Friedensschluß Kompenationen erhalten müsse, wenn es seine Neutralität mit bewaffneter Macht aufrechterhalte und künftighin gegen das Vordringen in Mazedonien einschränke.

Unter diesen Bedingungen — berichtet das Blatt — werden die süd-mazedonischen Bezirke an Bulgarien zurückgegeben werden; die serbische und griechische Regierung haben hierzu schon ihre Einwilligung erteilt. . . Die Mächte des Dreiverbandes betrachten es als unbedingt notwendig, daß zwischen den Balkanvölkern dauernd freundschaftliche Beziehungen hergestellt werden; dies ist aber unmöglich ohne Befriedigung der bulgarischen Interessen, die durch den Bukarester Vertrag zweifellos verletzt worden sind.

Symptomatisch ist in dieser Kundgebung des Petersburger Nationalistenblattes die Umwertung Bulgariens, das sich bis zur letzten Zeit bei den russischen Nationalisten nur geringer Sympathien erfreute. Was jedoch den konkreten Inhalt dieser „hoch autoritativen“ Mitteilung betrifft, so müssen die Angaben über die Zustimmung Serbiens und Griechenlands zur Abtretung Süd-mazedoniens an Bulgarien stark angezweifelt werden. Eine Zeitlang schien Serbien allerdings zu Konzessionen an Bulgarien geneigt. Aber nach dem jüngsten Erfolg der serbischen Waffen und der Zurücknahme der österreichischen Truppen aus den früher besetzten serbischen Gebieten hat die Unversöhnlichkeit Serbiens gegenüber Bulgarien wieder zugenommen. Noch in der vorigen Woche gab der serbische Kronprinz Alexander dieser Stimmung Ausdruck, indem er die Begrüßungsrede des mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüsteten russischen Gesandten Fürst G. Zubekoi mit den Worten beantwortete, die Bemühungen zur Sicherung des Friedens am Balkan würden nur dann Erfolg haben, „wenn die Lebensinteressen Serbiens berücksichtigt würden“. Diese Kundgebung zeigt, daß die Mission des Fürsten Zubekoi, einen neuen Balkanbund, mit der Spitze gegen die Zentralmächte, zustande zu bringen, vorläufig noch an der Abneigung Serbiens scheitert, die zuverläßig notwendigen Zugeständnisse an Bulgarien zu machen. Griechenland jedoch unterstützt diese Richtung der serbischen Politik, da es einen Nachdruck Bulgariens an seinen Grenzen über alles fürchtet.

### Bulgarien beansprucht Mazedonien.

Sofia, 30. Dezember. (W. L. B.) Die offiziöse „Narodni Prava“ erklärt: Die Befreiung Mazedoniens und seine Angliederung an Bulgarien ist seit jeher die Hauptaufgabe der bulgarischen Politik gewesen, die von der ausschließlichen Sorge um die Verwirklichung der nationalen Einheit geleitet ist, für die wir jüngst ungeheure Opfer gebracht haben. Mazedonien, das im Grunde ein bulgarisches Land ist und bleibt, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, liegt den Bulgaren besonders am Herzen. Es ist sehr natürlich, daß die Beziehungen Bulgariens zu den anderen Staaten in erster Linie durch die Frage bestimmt werden, ob diese unsere nationalen Gefühle, die heutzutage stärker als je sind, zu durchkreuzen oder zu unterstützen wünschen.

### Maßregelung russischer Blätter.

Kopenhagen, 29. Dezember. (W. L. B.) Nach Mitteilung der „Aftenbladet“ vom 8. 12. d. M. sind die liberalen russischen Zeitungen „Ruskoje Slovo“ und „Utro Rossii“ mit je 3000 Rubel Strafe belegt worden. Ersteres hatte einen Artikel über den verstorbenen Unterrichtsminister Kaslo gebracht, worin wahrscheinlich seine reaktionäre Politik angegriffen war.

### Japan als russischer Geschüßlieferant.

London, 30. Dezember. (W. L. B.) Die japanische Botschaft teilt dem Reuterschen Bureau mit, daß das Gerücht nicht ernst zu nehmen sei, Rußland trete den russischen Anteil an der Insel Sachalin den Japanern gegen Lieferung von schwerer Artillerie ab. Die Gesandtschaft fügt hinzu: Alle Hilfe, die Japan gewähren konnte und zu gewähren beabsichtigt, ergibt sich aus den herzlichen Beziehungen zwischen Rußland und Japan, besonders aus dem Umstande, daß sie beide den gleichen Feind bekämpfen. Solche Unterstützung hat nichts mit einem politischen Geschäft oder einem Gebietserwerb zu tun. Ein solcher Handel würde den besonderen Beziehungen und der Freundschaft abträglich sein, die seit langem zwischen beiden Reichen bestehen und stände in völliger Gegensatz zu der Volkstimmung in beiden Völkern. Beide betrachten die durch den Frieden von Portsmouth und die Verträge von 1907 und 1908 geschaffene Lage als dauernd und sind mit den bestehenden Abmachungen völlig zufrieden.

### Die Kabinettskrise in Japan.

Kopenhagen, 29. Dezember. (W. L. B.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet aus Tokio: Auf eine Anfrage in der Budgetkommission, ob die Regierung den gegenwärtigen Augenblick zur Lösung der Frage der Einwanderung in Australien benutzen werde, antwortete der Minister des Äußeren: Die Australier verhalten sich feindselig zu allen Einwanderern überhaupt, sogar zu den englischen. Daher ist ein günstiger Ausgang der Unterhandlungen über diese Frage schwer zu erwarten.

Nach einer Korrespondenz der „Aftenbladet“ wird die Lage des Kabinetts Okuma immer schwankender. Parallel damit wächst der Einfluß des Fürsten Sosonzi, eines Mitglied der Fortschrittspartei und Ministerpräsidenten eines der früheren Kabinette, zugleich Herausgeber der Zeitung „Tosodju-Sippan“.

### Ein französisches Protektorat über Marokko?

Wie aus russischen diplomatischen Kreisen gemeldet wird, steht nach der offiziellen Erklärung des englischen Protektorats über Ägypten die Proklamierung des französischen Protektorats über Marokko unmittelbar bevor.

De facto stand Marokko schon bisher unter französischem Protektorat. Offiziell wurde es jedoch nicht proklamiert, da Frankreich Einsprüche von Seiten Englands befürchtete. Jetzt Frankreich Einsprüche von Seiten Englands befürchtete, jedoch, nach der Proklamierung des englischen Protektorats in Ägypten, zu der Frankreich seine Zustimmung gegeben hat, soll ein ähnlicher Schritt von Seiten Frankreichs in Marokko unternommen werden.

### Kriegsbekanntmachungen.

**Vollfreiheit für Sendungen an Kriegsgefangene.**  
Nach einer Mitteilung des „Echo de Paris“ vom 19. November sollte deutschereits Post an Sendungen an Kriegsgefangene erhoben worden sein, so daß die meisten Pakete zurückgehen müßten. Franz-

reich dagegen habe die Pakete für die Kriegsgefangenen bisher frei herangelassen. Hierzu wird von amtlicher Stelle geschrieben: Entsprechend der „Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ sind folgende Bestimmungen über die Postbehandlung der für Kriegsgefangene eingehenden Sendungen erlassen:

1. Vom Ausland eingehende Gegenstände, die für Kriegsgefangene oder in Konzentrationslagern festgehaltene ausländische Zivilgefangene bestimmt sind, bleiben von Zoll und inneren Steuern befreit.

2. Gehehen Sendungen solcher Gegenstände mit der Post ein, so brauchen ihnen Zollabfertigungen oder Anmeldungen für die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland nicht beigelegt zu werden. Die Postverwaltung führt die Sendungen ohne zollamtliche Abfertigung unmittelbar der Verwaltung der Gefangenenlager zu.

3. Findet die Lagerverwaltung, daß bei einer Sendung die Voraussetzungen für die Gewährung der Postfreiheit nicht gegeben sind, so trägt sie dafür Sorge, daß die Sendung unverändert der Poststelle ausgehändigt wird.

4. Für die formelle Behandlung anderer als mit der Post eingehenden Sendungen gelten die allgemeinen Vorschriften.

## Politische Uebersicht.

### Brutale Kriegsführung.

Die Bemerkungen des Genossen Eduard David über das Todesurteil des englischen Kriegsgefangenen veranlassen die „Kreuz-Zeitung“ vor „falscher Humanität gegen fremde Gefangene“ zu warnen. Die „Kreuz-Zeitung“ vergißt dabei, daß Genosse David nicht nur im Namen der Menschlichkeit, sondern auch im Interesse unserer eigenen Gefangenen in Feindesland protestiert hatte.

Diese Rücksicht auf die eigenen Volksangehörigen neben allgemeinen humanitären Bedenken müssen wir auch gegenüber der weiteren Forderung der „Kreuz-Zeitung“ nach möglichst brutaler Kriegsführung geltend machen. Die „Kreuz-Zeitung“ beruft sich auf Hindenburg und Bismarck:

„Hindenburg hat neuerlich das Wort gesprochen, die brutale Kriegsführung sei die humanste, weil sie den Krieg am raschesten beende. . . Bismarck sagte, in Feindesland müsse man die Bevölkerung alle Schreckenisse des Krieges unerbittlich fühlen lassen, damit sie von ihrer Regierung den Frieden um jeden Preis erwirke und keinen andern Wunsch habe als den, von dem Druke des unbarmherzigen Eroberers erlöst zu werden.“

Die „Kreuz-Zeitung“ hat doch selbst gegen die russische Kriegsführung in Ostpreußen protestiert. Wenn auch die Gefahr russischer Invasion nur noch in kleinen Teilen Ostpreußens besteht — wie konnte sich die „Kreuz-Ztg.“ über Kriegsmethoden entrüsten, die sie selbst empfiehlt!

In der „Post“ verdrückt sich das Mißfallen über Davids Bemerkungen zu einer persönlichen Verdächtigung: Dr. Davids Stimme für die Menschlichkeit scheint sich nicht für die Deutschen zu erheben, sondern nur für unsere Feinde und Gegner.“

Es genügt, diese Äußerung, die die Schwäche der sachlichen Einwendungen der „Post“ nur hervorhebt, niedriger zu hängen.

### Kriegslogik.

Die „Tägl. Rundschau“ gibt eine Mitteilung des kaiserlichen Generalstabskommandos vom 1. Armeekorps wieder, worin aufgeföhrt wird, Briefe an deutsche Kriegsgefangene in Frankreich und England nicht in fremder, sondern in deutscher Sprache abzupassen. Das wäre im Interesse unseres nationalen Gefühls höchst wünschenswert, zumal eine Zurückweisung deutsch verfaßter Briefe durch die feindlichen Behörden, soweit bekannt, nicht stattfindet. Nun polemisiert aber das gleiche Blatt in der gleichen Nummer gegen „sanfte mittelbare Regungen militärischer Behörden“ in Deutschland, weil die in Rußland gefangenen Engländer Briefe in — englischer Sprache durch die deutsche Post befördern können. Glaubte die „Tägl. Rundschau“ wirklich, daß wenn ihre Forderung nach einem Verbot der fremden Sprache in Briefen unserer Kriegsgefangenen erfüllt wird, das dazu beitragen wird, den brieflichen Verkehr der im Ausland festgehaltenen Deutschen mit ihren Angehörigen in der Heimat zu erleichtern?!

### Lächerliche Furcht vor Spionage.

Anläßlich hört man, daß in Ostpreußen Spione gefangen worden sind und es läge nahe, daraus den Schluß zu ziehen, daß es in Ostpreußen von Spionen geradezu wimmelt. Und doch wäre dieser Schluß falsch, denn die meisten Meldungen über die Ergreifung von Spionen entsprechen nicht den Tatsachen. In recht anschaulicher Weise legt das ein höherer ostpreussischer Beamter in einer Zuschrift an den „Lokalanzelger“ dar. Er fährt u. a. aus: „Das Rühmliche, das sich in emsiger Arbeit dreht, sobald deutsche Soldaten in Anmarsch sind, und stillsteht, wenn die Gelegenheit zum russischen Einfall günstig ist, recht in den Kreisen Hendeckung, Pilsallen, Criesburg und Spd. — Wo, weiß niemand.“

Der Bauer, der zur Unzeit auf einer Anhöhe in Hemdärmeln pflegt, nur ab und zu des wärmenden Rockes bedarf, beim Anziehen aber durch Armbewegungen dem Feinde Zeichen gibt, pflegt in Litauen und Masuren. — Wo, weiß niemand.“

Lichtsignale, die von Militär und Zivil deutlich beobachtet worden sind, sind bei näherer Beobachtung in nichts zerfallen.

Ein Bauer ist in L. aus dem Kirchurm heruntergeschossen worden, weil er mit einem roten Tuch Taschentuch dem vier Kilometer entfernten Feinde Zeichen gegeben hatte.“ Nein! Er fand nicht als Verräter, sondern infolge seiner Dummheit und Unachtsamkeit. Wäre dem Posten bekannt gewesen, daß der Bauer den Kirchurm besitzte, um festzustellen, ob auch sein Weib in Flammen ausgegangen sei, daß er oben mit dem Taschentuch wahrscheinlich nur eine Träne gedrückt hat, der Mann wäre zur Wache gebracht worden und mit einer Verwarnung davongekommen. Der Tod hat ihn ereilt, weil er beim Anruf des Postens während des Abzuges nicht stand, sondern kopflos nach oben schaute.“

Fälle ähnlicher Art, wenn auch nicht immer mit so tragischem Ausgang, werden in großer Anzahl registriert und unter diesen Umständen hat sich die deutsche Heeresleitung jetzt dazu entschlossen, die bedrohten Orte von der Zivilbevölkerung räumen zu lassen.

### Aufhebung der Versammlungs- und Pressefreiheit in Sachsen.

Die von uns bereits gestern angeordnete Bekanntmachung des stellvertretenden kommandierenden Generals des 19. Armeekorps, v. Sawewitz, hat folgenden Wortlaut:

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des kommandierenden Generals über die Erklärung des Kriegszustandes vom 31. Juli 1914 setze ich hierdurch gemäß Artikel 86 der Reichsverfassung und § 5 des hiernach auch in Sachsen geltenden preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1861 die gesetzlichen Vor-

schriften über die Freiheit der Presse und über die Versammlungs- und Vereinsfreiheit für meinen Armeekorpsbezirk unter dem heutigen Tage bis auf weiteres außer Kraft. Ich erwarte jedoch, daß ich zur Anwendung der mir hiernach auch zustehenden strengen Maßnahmen von keiner Seite genötigt werde, und erkläre ausdrücklich, daß diese meine Verfügung tatsächlich an dem bisherigen Zustande nur sehr wenig ändert und der Bevölkerung und der Presse selbst keinerlei Anlaß zu irgendwelcher Beunruhigung zu bieten braucht.“

### Handhabung der Pressezensur.

In Münchener Zeitungen wird eine Zuschrift des bayerischen Kriegsministeriums wiedergegeben, die Verwarnungen über „Verstöße gegen die für die Presse während des Kriegszustandes gegebenen Richtlinien“ enthält.

Die Zuschrift wendet sich einmal gegen die Gefährdung des konfessionellen Friedens durch eine Polemik zwischen „München-Augsburger Abendzeitung“ und „Augsburger Postzeitung“. Der weitere Fall betrifft folgendes:

„Ferner hat die „München-Augsburger Abendzeitung“ in Nr. 325 einen Artikel „Englands und Frankreichs Barbare“ von Hans Bayer in Regensburg veröffentlicht, der von entsetzlichen Kriegsgreueln zu berichten suchte. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Verfasser nicht den geringsten Beweis für seine Ausführungen zu erbringen imstande ist. Da die Bevölkerung durch derartige leichtfertige, nur der großen Sensation halber geschriebene Artikel ohne Not schwer beunruhigt wird, muß die Redaktion der „München-Augsburger Abendzeitung“ dringend davor gewarnt werden, künftighin derartigen Artikeln Aufnahme zu gewähren.“

### Sparankheit mit Vrofgetreide.

Wie die „Post-Ztg.“ zu melden weiß, ist eine Verschärfung der bisher getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung sowohl hinsichtlich des Zulages von Roggen respektive Kartoffelmehl, als auch hinsichtlich der stärkeren Ausmahlung des Mehles sehr bald zu erwarten.

Ueber die Einführung eines Kriegsgeldens mit Zufuß von Roggenmehl wurde bereits in einer Sitzung der Berliner Kreditorenverwaltung verhandelt. Die Regierung stellt zwei Anträge zur Wahl: den Kundenwarem muß entweder 83 1/2 Proz. Roggenmehl zugelegt werden oder aber es werden bei reiner Verwendung von Weizenmehl bestimmte Vordräge an Stelle der jetzigen unbegrenzten Vordrehtzeit festgelegt. Der von den Kreditoren befürwortete 20-prozentige Roggenmehlzufuß wird von der Regierung als ungenügend bezeichnet. Am 2. Januar finden zwischen der Regierung und Jnnung neue Verhandlungen statt.

### Zwangsverwaltung französischen Hausbesitzes.

Der Bürgermeister der Stadt Straßburg teilt in einer Bekanntmachung an den Anschlagtafel mit, daß er die Zwangsverwaltung über den in Straßburg vorhandenen französischen Hausbesitz übernommen habe. Infolgedessen sind die am 1. Januar fälligen Mieten an die Stadtkasse zu zahlen. Die Zahl der noch in französischem Besitz befindlichen Häuser ist besonders in dem vor 1870 schon vorhandenen alten Stadtteil recht beträchtlich.

### Kommunale Kriegsmassnahmen.

Um bei unerhörten Preissteigerungen der Kartoffeln entgegenzutreten, hat der Magistrat der Stadt Augsburg beschlossen, Speisekartoffeln in größeren Mengen anzukaufen. Die Kartoffeln werden im städtischen Lagerhaus in Quantitäten bis zu einem Zentner zum Preise von 8,80 Mark pro Zentner an die Käufer abgegeben. Da die Marktpreise für Speisekartoffeln auf 4,50 M. bis 5,50 M. gestiegen sind, ist der Abfall bei der städtischen Verkaufsstelle lebhaft.

### Verlängerung der Verjährungsfristen.

Der Bundesrat hat folgende Verordnung erlassen:  
§ 1. Die in den §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Ansprüche, die noch nicht verjährt sind, verjähren nicht vor dem Schlusse des Jahres 1915.  
§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.  
Berlin, den 22. Dezember 1914.  
Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Telbrück.

Es handelt sich um die kürzeren Verjährungsfristen, hauptsächlich aus Geschäften des täglichen Lebens, für die sie zwei bis vier Jahre betragen.

### Eine Erfindung.

Berlin, 30. Dezember. (W. L. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter dem Titel: „Eine dreiste Unwahrheit“: Die Londoner „Morningpost“ hat sich, wie wir einem rumänischen Blatt entnehmen, von einem Mitarbeiter aus Ungarn schreiben lassen, es werde ernstlich daran gearbeitet, den ungarischen Thron dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen zu übertragen. Diese Ausbreitung soll beherzigen Zwecken dienen und im deutsch-ungarischen Sinne auf die ungarische wie auch auf die rumänische Presse wirken. Deshalb stellen wir fest, daß die Behauptung der „Morningpost“ eine dreiste Unwahrheit ist.

### Der frühere konservative Reichstagsabgeordnete Bernhard Zachse

hat sich in einem Anfaße von Gistesdörnung von dem Turme der Johanniskirche in Jitton herabgestürzt. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Zachse hat früher den 7. sächsischen Wahlkreis im Reichstags vertreten.

### „Der Krieg als politischer Erzieher.“

Die „Kreuzzeitung“ schreibt unter diesem Titel:  
„Auch in Oesterreich-Ungarn zeigt der Krieg eine erzieherische Kraft. Schon hat er der habsburgischen Monarchie zwei unschätzbare Gewinne gebracht: die Stärkung des dynastischen Gedankens und das Wiedererwachen des Staatsgefühls. Einer der weniger politischen Köpfe Oesterreichs, der kaiserliche Abgeordnete Dobernig, hat in der „Kreuzzeitung“ darauf hingewiesen, wie dieser große Krieg in Oesterreich-Ungarn Kaiser und Volk mit ungerühmbaren Ketten aneinander schmiebet. Er hat die Deutschen aus ihrer begreiflichen Staatsverlogenheit gerissen und ihnen neuen Glauben an den Staat eingebläht. . . Was der Abgeordnete Dobernig ausgesprochen hat, wird in Oesterreich lebhaft erwidert und verdient auch in Deutschland Beachtung.“





ein aufrichtiger gerader Charakter, alle, die ihn kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Eine große Konditor-Versammlung nahm am Dienstagabend im „Nordischen Hof“ in der Invalidenstr. zu dem drohenden Badverbot und der Festsetzung von 33 1/2 Proz. Roggenmehlsaufschlag Stellung. Zunächst gab der erste Vorsitzende eine Darstellung der gegenwärtigen Lage des Konditorgewerbes und erstattete Bericht über eine im Handelsministerium stattgefundene Konferenz. Der Redner hielt es für ratsam, der Regierung betreffend des Roggenmehlsaufschlages so viel wie möglich entgegenzukommen, um so die Einführung der behördlich festgesetzten „Vordräge“ zu verhindern. Es schloß sich hieran eine lebhafte Diskussion und nach eingehender Aussprache wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, die sich mit der Berliner Handelskammer, der Konditor-Innung und in letzter Instanz mit dem Reichsamt des Innern in Verbindung setzen soll, um eine Klärung der bedeutsamen Frage im Interesse des gesamten Konditorgewerbes herbeizuführen.

### Verschmelzung zweier Berliner Stadtverordnetenfraktionen.

Die Fraktionen „Neue Linke“ mit den Vorsitzenden Kojenow und Dellriegel und die „Freie Fraktion“ haben sich zu einer großen Vereinigung zusammengeschlossen. Der Vorsitzende der „Freien Fraktion“, wie die neue Vereinigung auch in Zukunft heißen wird, ist Stadtverordneter Kommissen. Einige Mitglieder der 14 Herren umfassenden ehemaligen „Neuen Linken“ haben sich noch vorbehalten, der „Freien Fraktion“ beizutreten. Die „alte“ Linke wird im neuen Jahre 60 Mitglieder, die Freie Fraktion 39 und die sozialdemokratische Fraktion 15 Mitglieder zählen.

Die Ausstellung zweier Musterwohnungen in der Siedlung Strig der Baugenossenschaft „Ideal“ erfreute sich an den Weihnachtstagen eines außerordentlich starken Besuches und bleibt aus diesem Grunde auch noch an den Januarsonntagen geöffnet. Die Ausstellung ist Sonntags zugänglich von 10-4 Uhr. Interessenten, welche dieselbe wochentags aufsuchen, wollen sich an die Hausverwaltung wenden.

Die Schule des Lebens. Unter diesem Titel wird jetzt im „Cines“ Kollendorfer-Theater am Kollendorferplatz 4 ein dreitägiges Schauspiel aufgeführt, in welchem der berühmte nordische Künstler Waldemar Pflander die Hauptrolle spielt. Wenn das Schauspiel mehr nach seinem Inhalt beurteilt werden sollte, könnte man nicht gerade sagen, daß sich darin das wahre Leben spiegelt. Das hier geboten wird, ist lediglich eine willkürliche Kombination. Denn daß es einem alten Kommerzienrat einfallen sollte, seinen Enkel, einen Freiherrn Benno von Thorn, wegen seines lieblichen Lebenswandels nach Amerika zu schicken, damit derselbe dort in harter Arbeit durch die Schule des Lebens von seinem Leichtsinne befreit wird, erscheint von vornherein sehr unwahrscheinlich. Auf diesem Untergrunde ist das Schauspiel aufgebaut. Der junge Herr erbält, nachdem er in Amerika völlig mittellos dasteht, auf Grund eines Empfehlungsschreibens seines Großvaters in einer großen Schweinefleischfabrik Arbeit. Die Tochter seines Prinzipals verliebt sich in den jungen stolzen Mann. Der „Zufall“ will es, daß Benno bald Privatsekretär des Betriebshabers wird und in dieser Stellung mit seinem Chef in Beaehtung dessen Tochter eine Europareise mitmachen darf. Zum Schluß wird im Hause des Kommerzienrats die Verlobung gefeiert. Die Darstellung ist, wie das in einem so vornehmen Lustspieltheater von vornherein zu erwarten ist, äußerst kunstvoll, wie auch die anderen Darbietungen, namentlich im Drama „Im Todesmut“, glänzende Reproduktionen des Reeres in seinen mannigfaltigen Erscheinungen sind. Hier zeigt es sich, daß das Lustspieltheater eine hervorragende Stätte der Belehrung und der Kultur sein kann. Vorbedingung natürlich ist eine glückliche Hand in der Auswahl des zur Darstellung gelangenden Stoffes.

Die Leiche eines sechsjährigen Knaben wurde gestern früh aus der Eprece gelandet. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den Schüler Georg Wengler aus der Krautstraße 44, der seit dem 2. Dezember vermißt wurde. Der Knabe spielte an diesem Tage am Infeldplatz und scheint dabei ins Wasser gefallen zu sein. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur genauen Feststellung der Todesursache nach dem Schanzenhaus gebracht.

Der Straßenhandel, insbesondere mit Zeitungen und anderen Druckdrucken ist, nachdem die Gewerkschaften für die Herstellung des Straßenbahnunterwegs unter dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz beendet sind, vom heutigen Tage ab innerhalb desjenigen Stadtteils wieder zugelassen, der im Norden von der Torowienstraße und der Pflaumenstraße, im Osten von der Kaiser-Wilhelm-Brücke, der Burgstraße und dem Schloßplatz, im Süden von der Werderstraße und der Französischen Straße und im Westen von der Friedrichstraße umgrenzt ist.

Strassenunfall. In der Langhandstraße in Weiskens bog Dienstagabend ein Viehtransportwagen kurz vor einem Straßenbahnwagen auf das Gleis und wurde angefahren. Infolge des Anstoßes erlitten mehrere Fußgänger geringfügige Quetschungen und Hautabstrichungen. Am Bahnwagen wurde die Vorderplattform eingedrückt und mehrere Scheiben wurden zertrümmert.

Der Botanische Garten in Dablen ist am Sonntag, den 3. Januar, von 11 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. dem allgemeinen Besuch geöffnet.

Auf der Drepton-Sternkarte finden folgende Hinweise statt: Am Freitag, den 1. Januar (Neujahrstag), um 3 Uhr: Mit Dampfer von Bremen nach New York, um 5 Uhr: Das bayerische Hochland und die Königshäuser, um 7 Uhr: Aus untern Kolonien, am Samstag, den 2. Januar, um 5 Uhr: Christoph Columbus, am Sonntag, den 3. Januar, um 3 Uhr: Theodor Körner, um 5 Uhr: Aus untern Kolonien, um 7 Uhr: Unser Heer in Krieg und Frieden, am Mittwoch, den 6. Januar, um 5 Uhr: Aus untern Kolonien. Außerdem hält am Dienstag, den 5. Januar, um 7 Uhr Herr Dr. Archenhold einen Vortragsabend über: Praktische Übungen in der Beobachtung von Planeten und Kometen der Sternbilder. — Mit dem großen Fernrohr werden Mond und Saturn beobachtet, außerdem stehen den Besuchern noch kleinere Fernrohre zur kostenlosen Verfügung, mit denen beliebige Objekte selbst eingesehen werden können.

Freireligiöse Gemeinde. Am 1. Januar, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Festvortrag von Herrn E. D. A. u. m. g. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Der Seemannsverein Neudänischer Viedertafel 1913 (R. d. L. S. B.) gab am 1. Feiertag den Bewohnern im Neudänischen Krankenhaus ein Beschlagnahmt unter Leitung seines Chormetzlers, Herrn J. v. d. Brice. Die Beiträge wurden von den Bewohnern mit großem Beifall aufgenommen.

Bermittlung. Ueber den Ausnahmefall des Russischen Paul Steiger, Ost-Reg. 130, 1. Komp., verurteilt am 5. Okt. bei Anwesenheit in Frankfurt, erstakt um mehrere Angaben Max Steiger, Neudän. Viedertafel Str. 44. — Ebenfalls verurteilt wird der Müller Erich Durckow von der 11. Kompanie des III. Garde-Regiments. Derselbe wurde am 15. September bei Reims schwer verwundet. Auskunft erteilt Frau Luise Durckow, Mohndamm 44/45.

Besoren wurde am zweiten Feiertag in Neudän auf dem Wege Unterstraße - Ringhof - Berg- und Thomstraße ein Siegelring mit rotem Stein, der ein wertvolles Andenken darstellt. Der Ring ist gegen Verlohrung bei G. Schumacher, Neudän, Siegelstr. 57, abgegeben.

## Gewerkchaftliches.

### Ein vernünftiger Erlaß.

Der Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten in Potsdam einen Erlaß zugunsten der Beschäftigten stellenloser Handlungsgehilfen bei staatlichen Behörden gerichtet. Es heißt darin:

Insofern es nicht gelingen sollte, diejenigen Arbeitgeber, denen ihre wirtschaftliche Lage die Beibehaltung der Gehilfen auch in den Zeiten geschäftlichen Niederganges gestattet, durch einen Appell an ihre Opferfreudigkeit und ihre sittliche Pflicht von der Ausübung der Kündigungsbefugnis zurückzuhalten, muß jedenfalls der Versuch gemacht werden, die stellenlosen, nicht zum Heeresdienst eingezogenen Handlungsgehilfen bei der Vergabe geeigneter Arbeiten zu berücksichtigen. Ihre Verwendung wird beispielsweise im Sanitätsdienst in Betracht kommen. Es geht in diesen kritischen Zeiten nicht an, daß Kommunen oder staatliche Behörden diejenigen Kräfte bevorzugt, die die billigsten sind. Freiwillige Helfer, pensionierte Beamte und ähnliche in ihrem Nahrungsstand gesicherte Personen müssen aus dem Wettbewerb zugunsten der Bedürftigeren ausscheiden. Ich erlaube Sie, diese Gesichtspunkte bei den in Betracht kommenden Stellen mit Nachdruck zu vertreten.

### Berlin und Umgegend.

Wartung, Steinarbeiter! Laut Tarifvertrag beträgt der Minimalstundenlohn ab 1. Januar 1913: a) für Steinmetzen 88 Pf., b) für Karmorsteinmetzen, in der Werkstelle 88 Pf., außerhalb derselben 88 Pf., bei reinen Verziehmern 88 Pf., c) für Schleifer, Fräser, Dreher (auch solche, welche an der Kreisfräse und Schleudermaschine beschäftigt sind), in der Werkstelle 71 Pf., außerhalb derselben 78 Pf.

Die Kollegen werden ersucht, etwaige Tarifverstöße im Verbandsbureau zu melden.

Zentralverband der Steinarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, Engelauer 15 I, Zimmer 7.

### Deutsches Reich.

#### Keine Höchstlohnfestsetzung in den Leder- und Schuhfabriken.

Der außerordentliche Bedarf an Heeresausstattungsgegenständen aus Leder hat eine starke Nachfrage nach Arbeitern hervorgerufen, wodurch die Löhne der geübten Sattler über den Tarif gestiegen sind. Einem Teil Unternehmer, hauptsächlich Zwischenhändlern, die erst vor wenigen Wochen die ihnen sonst fremde Fabrikation aufgenommen haben, ist der jetzt erzielte Verdienst der Sattler zu hoch, sie möchten für sich noch höhere Profite auf Kosten der Arbeiter heraus schlagen. Bei diesem Bestreben genieren sie sich nicht, allerhand Märchen zu verbreiten, um die Arbeiter einzuschüchtern. Das neueste auf diesem Gebiete ist die Behauptung, das Kriegsministerium habe Höchstlöhne für die Arbeiter der Militärerfabriken festgesetzt. Um der Sache auf den Grund zu gehen, fühlte sich der Vorstand des Sattler- und Portefeulterverbandes veranlaßt, beim Kriegsministerium anzufordern, was an dieser Behauptung wahr ist. Darauf ist unter dem 22. Dezember folgende Antwort eingegangen:

Auf die Eingabe vom 8. Dezember 1914 werden Sie ergebenst benachrichtigt, daß eine Festsetzung von Höchstlöhnen für Arbeiter bei den Militärerfabriken nicht stattgefunden hat.

Es bleibt also bei dem bisherigen Zustand. Die Unternehmer können mit den bei ihnen beschäftigten Arbeitern über den Tarif hinausgehende Löhne vereinbaren. Auch dürfen sie ihnen höhere Kriegszuschläge als die am 20. August vereinbarten zahlen. Verbieten ist auf Grund der kriegsministeriellen Verfügung vom 8. Oktober, daß Unternehmer oder ihre Beauftragte Arbeiter anderer Betriebe abspenstig machen unter Versprechungen höherer Löhne und Gewährung von Vergünstigungen und Prämien. Wer gegen dieses Verbot handelt, kann wegen unlauteren Wettbewerbes bestraft werden; auch werden ihm die Kriegslieferungen entzogen.

### Weihnachtsunterstützung im Schneiderverband.

In welchem Maße die Gewerkschaften für die wirtschaftlichen Opfer des Krieges zu sorgen sich bemühen, zeigt eine Zusammenstellung des Schneiderverbandes, nach der als Koststandsunterstützung 122 878,50 M. vom Schneiderverband ausgezahlt wurden. Davon entfallen auf Arbeitslosenunterstützung rund 109 000 M. und auf Familienunterstützung 213 492 M. Der Vorstand hat trotz dieser Ausgaben beschlossen, allen Mitgliedern, die sich auf der Reise befinden, ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Mitgliedschaft für die beiden Weihnachtsfeiertage 4 M. und auch für den Neujahrstag 2 M. Unterstützung zu zahlen. Da außer der Koststandsunterstützung im 3. Quartal noch an Kranken- und Reiseunterstützung sowie an Sterbegeld insgesamt über 58 000 M. ausgezahlt worden sind, so übersteigen die Ausgaben um ein weitausgehendes die Einnahmen; es wird damit gerechnet, daß mindestens 300 000 M. aus der Hauptkasse an Unterstützungen mehr gezahlt, als an Beiträgen eingenommen worden sind, und zwar an Unterstützungen, die den Mitgliedern über die statutarischen Rechte hinaus gewährt wurden.

### Kriegsopfer in den Gewerkschaften.

Der Textilarbeiter-Verband veröffentlicht eine Zusammenstellung der Todesursachen der in diesem Jahre verstorbenen Mitglieder. Danach verstarben 1027 Mitglieder, davon waren 847 männliche. Von den Verstorbenen werden 457 als im Kriege gefallen aufgeführt, also über 50 Proz. der Sterbefälle der männlichen Mitglieder auf Konto des Weltkrieges.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich.

Man schreibt uns: Die österreichischen und ungarischen Vertreter der Mittelenropäischen Wirtschaftvereinigung haben zu der Frage einer engeren handelspolitischen Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn Stellung angenommen. Dies ist jedoch nicht, wie in Deutschland vielfach angenommen wird, eine Folge der gegenwärtigen Waffenbrüderschaft beider Staaten. Vielmehr wurde bereits auf der letzten gemeinsamen Tagung der deutschen, österreichischen und ungarischen Gruppen der Mittelenropäischen Wirtschaftvereinigung der Beschluß gefaßt, mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern möchte innerhalb der einzelnen Gruppen die Frage einer Zollunion erwogen werden. Infolgedessen waren bereits vor Ausbruch des Krieges die Vorarbeiten für die Prüfung dieser Frage im Gange. Unser Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn konnte am 31. Dezember 1913 sein Ende erreichen, wenn er 12 Monate vorher von einem der vertragsschließenden Teile gelündigt würde. Doch eine Kündigung im gegenwärtigen Augenblick, wo die Armeen beider Länder Schulter an Schulter gegen den gemeinsamen Feind kämpfen, nicht erfolgen wird, ist selbstverständlich. Der Vertrag läuft infolgedessen noch weitere drei Jahre, also bis zum 31. Dezember 1917; zu diesem Zeitpunkt kann er durch Kündigung bis zum Ende des Jahres 1918 aufgehoben werden. Es stehen mithin noch zwei Jahre zur Verfügung, um über den Weiterbestand oder eine Aufhebung des Vertrages schlüssig zu werden. Schon im Beginn dieses Jahres, als kriegerische Verwicklungen noch nicht in Aussicht standen, haben sich österreichische Interessentenkreise für eine einseitige Verlängerung des Vertrages mit Deutschland ausgesprochen. Dann bevor in Verhandlungen mit Deutschland eingetreten werden kann, müssen zuvor zwischen Oesterreich und Ungarn die handelspolitischen Beziehungen neu geregelt werden. Berücksichtigt man nun, daß auch nach dem Friedensschluß, dessen Eintritt vorläufig noch nicht abzusehen ist, noch eine geraume Zeit vergehen dürfte, bis für den Abschluß von neuen Handelsverträgen die Unterlagen gewonnen sind, so muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß für eine Kündigung des deutsch-österreichisch-ungarischen Handels-

vertrages in absehbarer Zeit wohl auf keiner Seite ein Bedürfnis vorhanden sein wird.

## Berichtszeitung.

### Briefe, die ihn nicht erreichten.

Wegen verfrühter Erpressung gegen eine Baronin von A. hatte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Unger gegen den Oberpostassistenten Johannes Gürlich zu verhandelt.

Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Die Baronin v. A., die Gattin eines jetzt als Offizier im Felde stehenden Gutsbesizers, unterhielt mit einem Baron E., ihrer Jugendliebe, hinter dem Rücken ihres Gatten ein Liebesverhältnis. Sie richtete auch noch in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch, mehrere Briefe an ihren seinerzeit in Innsbruck weilenden Geliebten, in welchen sie ihre traurige Lage an der Seite des ungeliebten Gatten schilderte und ihn aufforderte, mit ihr nach Albanien zu fliehen, wo er in der dortigen Armee noch Ruhmes Lorbeeren ernten könne. Mehrere dieser Briefe zählten zu denjenigen, die ihn nicht erreichten. Denn sie fielen auf unauferklärte Weise in die Hände des auf einem hiesigen Postamt beschäftigt gewesenen Angeklagten. Eine gegen ihn eingeleitete Untersuchung wegen Verletzung des Briefgeheimnisses verlief resultatlos. — Die Baronin v. A. erhielt nun eines Tages von dem Angeklagten einen Brief, in welchem er mitteilte, daß er durch Zufall Kenntnis ihres Geheimnisses geworden sei, daß er aber bereit sei, zu schweigen, wenn ihm ein angemessenes Schmeigeld gezahlt werden würde. Die Baronin antwortete hierauf auch, der postlagernde Brief wurde dem Angeklagten aber nicht ausgehändigt, da inzwischen infolge des Krieges der polizeiliche Ausweissung bei der Abholung postlagernder Briefe eingeführt worden war. Die Baronin wandte sich nun an die Berliner Kriminalpolizei und wenige Tage später wurde Gürlich von dem Kriminalkommissar Dr. Kopp auf dem Postamt verhaftet. — In seiner ersten Vernehmung bestritt er ganz entschieden, erprecherische Absichten gehabt zu haben. In einem wohl überlegentlich unterschloßen gelassenen oder auch nachträglich von selbst aufgelisten Briefe in französischer Sprache sei von einer Flucht nach Albanien die Rede gewesen. Er habe in jener aufgeregten Zeit, als das Goldautomobil und die Spione der Feinde im Vordergrund des allgemeinen Interesses standen, sofort eine Spionageangelegenheit vermutet und deshalb, um dahinter zu kommen, um was es sich handelt, jenen Brief an die Baronin geschrieben.

Das Gericht sah einen Erpressungsversuch für festgestellt an und erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

## Jugendbewegung.

### „Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erschienene Nr. 1 des sechsten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Der Wille zur Tapferkeit. — Der Freiheitdichter Platen. Von Franz Diederich. — Franz Ein Erlebnis aus der Bekräftigung. Von Karl Löwe, Wielefeld. — Blumen im Schnee. Von Heinz Welten. — Der deutsche Soldat und seine Sprache. — Der Sturm und die Dohlen. Eine Fabel. — Ritter, Tod und Teufel. Gedicht von Konrad Ferdinand Meyer. — Die Arbeiterjugend in Thüringen während des Krieges. — Aus der Jugendbewegung. — Ein Kampf um „Jungvolk“.

## Kleine Nachrichten.

### Ein folgenschwerer Brand.

Ein gewaltiges Schadenfeuer entstand in Steingaden (Wahern) in der dortigen gräflichen Brauerei. Das Brauereigebäude wurde vollständig eingeäschert und große Malzbörräte und die ganze Brauereierichtung vernichtet. Während der Löscharbeiten stürzte eine Feuermauer ein. Der Brauereibuchhalter und drei Feuerwehrleute wurden getötet, neun andere Personen schwer verletzt. Das Feuer soll durch einen Laminbrand entstanden sein.

### Verwegene Flucht eines Deutschen.

Im September wurde der 45 Jahre alte deutsche Ingenieur John Jürgen Kutz, ein Experte auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie und Herstellung von Sprengstoffen, in Rewa in Borneo verhaftet, weil man in seiner Wohnung Explosivstoffe gefunden hatte. In der Gerichtsverhandlung wurde die Anklage zurückgenommen, Kutz jedoch zur Deportation verurteilt. Seitdem sah er im Gefängnis von Rewa. Am dritten Weihnachtsfeiertag ist es ihm gelungen, mit Hilfe eines Bettuches über die vierzehn Meter hohe Gefängnismauer zu entkommen. Die Polizei macht große Anstrengungen um den flüchtigen Deutschen wieder einzufangen.

### Deutsch-Polnisch für Feldsoldaten.

Aus vielen Feldpostbriefen klingt immer wieder die Klage, daß es untern Kriegern nicht möglich ist, eine Verständigung mit der Bevölkerung in Feindesland zu erreichen. Unser Berliner Parteiverlag gab daher vor längerer Zeit ein Sprachbüchlein für unsere im Westen kämpfenden Truppen heraus. Jetzt folgt nun ein solches für unsere Soldaten in Polen. Der Inhalt umfaßt alles was nötig ist, um sich der polnischen Bevölkerung verständlich machen zu können.

Die Angehörigen untern Krieger werden diesen sicher einer großen Dienst erweisen, wenn sie ihnen das Sprachbüchlein ins Feld senden. Der Preis beträgt nur 15 Pf. Der Versand kann als Feldpostbrief portofrei geschehen. Vorrätig ist das Büchlein in allen Volksbuchhandlungen. Dort ist auch das früher erschienenen Heftchen Deutsch-Französisch zum gleichen Preise noch zu haben.

### Sturm in Holland.

Ein heftiger Sturm hat in ganz Holland viel Schaden verursacht. In mehreren Stellen sind Leute durch umfallende Bäume getötet worden. Bei Amstuden strandete der Dampfer „De Lief Land“ und bei Hof van Holland verunglückte das deutsche Schiff „St. Nikolaus“. Die Besatzung wurde gerettet.

### Gold nehme ich für Eisen.

Der Gouverneur der Festung Köln macht bekannt, daß vielfach eiserne Ringerringe mit der Aufschrift „Gold gab ich für Eisen“ den Handel gebracht und zu hohen Preisen zum Kauf angeboten würden. Unterandem mit der historischen Bedeutung solcher Ringe sei der künstliche Erwerb; es bestehe ferner die Gefahr, daß das Publikum getäuscht und die Vorstellung erweckt werde, der Kaufpreis werde im vaterländischen Interesse verwendet. Daher würde das Festhalten und der Verkauf derartiger Ringe unter Androhung einer Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verboten.

## Parteiveranstaltungen.

Neudän. Am Neujahrstage veranstaltet die Jugendklub als Wanderausflug nach Zehlendorf-Rütze - Ringhof - Grunewald. Postzeit 50 Pf. Treffpunkt: Ringbahnhof Neudän 1/2 Uhr früh. Die nächste Versammlung ist am 6. Januar.

Aus der Berliner Arbeiterbewegung im Jahre 1914.

Das Jahr begann unter ungünstigen Erscheinungen für die Arbeiterbewegung. Schon in den letzten Monaten des Jahres 1913 hatte sich gezeigt, daß wieder eine wirtschaftliche Krise einsetzte, die eine steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Januar.

Am 6. hielten die Bäcker eine Arbeitslosenversammlung ab. Am demselben Tage fand in Kellers Saal eine große Frauenversammlung statt. Sie forderte die Teilnahme der Frauen an der Gemeindevorwahl.

Am 11. wurde ein Flugblatt verbreitet, welches die Arbeiterbewegung zur Abwehr der Angriffe auf das Koalitionsrecht aufforderte. Am 12. hielten die Handlungsgeschäfte eine Versammlung ab, welche den Kampf für das Koalitionsrecht propagierte.

Am 13. tagten 17 Versammlungen, einberufen von den Zeitungen der Partei und Gewerkschaften. Am 14. forderte eine in der Brauerei Friedrichshain abgehaltene, von Tausenden besuchte Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter behördliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Am 15. hielten die Lagerhalter der Konsumgenossenschaft eine Provinzialkonferenz ab, welche genossenschaftliche Zeit- und Einzelfragen erörterte.

Am 20. wurde eine Deputation der arbeitslosen Holzarbeiter vom Oberbürgermeister Vermuth empfangen, welcher versprach, soweit es an ihm liege, die Wünsche der Arbeitslosen zu berücksichtigen.

Am 25. beschloßen die Berliner Kohlenleger der Eisenbahnen Organisation den Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband, wodurch die einheitliche Organisation der Kohlenleger wieder hergestellt wurde.

Die Mädchenversammlungen, welche den Anführer der jungen Mädchen an die proletarische Jugendbewegung propagierten, fanden ebenfalls am 25. statt.

Am 27. wurde in fünf vom Bezirksbildungsamt beschickten Versammlungen eine Fichte-Gebärdensfeier veranstaltet.

Am 28. unterbreitete eine Deputation der arbeitslosen Holzarbeiter dem Stadtrat Fischek die Forderungen der Arbeitslosen.

Februar.

Am 1. tagte in der „Neuen Welt“ eine große Versammlung der Brauereiarbeiter. Sie nahm Stellung zu der Tarifbewegung, die schon in der letzten Zeit des vorigen Jahres in den einzelnen Branchen besprochen worden war.

Eine Generalversammlung des Wahlkreises Teplitz-Deßau, die am 1. abgehalten wurde, nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen und diskutierte die Landarbeiterfrage.

Am 1. und 2. hielt der Holzarbeiterverband eine Konferenz der Agitatoren und Hausmuskulanten Deutschlands ab.

Am 4. forderte eine öffentliche Versammlung der Bureauangestellten die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Anwaltsbüros.

Am 13. fand die Wahl zum Kaufmannsgericht statt. Sie brachte dem Zentralverband der Handlungsgeschäfte guten Erfolg.

In demselben Tage wurde das Arbeiterjugendheim in Steglitz feierlich eröffnet.

März.

Am 1. wurden die Gemeindevorwahlen in mehreren Vororten vollzogen. Die Agitationsarbeiten unserer Parteigenossen hatten den Erfolg, daß sich die Zahlen unserer Stimmen und Mandate in erfreulicher Weise mehrt.

Eine am 1. abgehaltene Protestversammlung in Steglitz wandte sich gegen die in Frankfurt a. M. erfolgte Verurteilung der Genossen Luxemburg, die nach Ansicht des Genossen den Militarismus zu scharf kritisiert hatte und dafür ein Jahr Gefängnis erhielt.

Ferner wurden am 1. Gaukonferenzen der Textilarbeiter und der Gemeindevorwahlen abgehalten.

Am 3. fand in Kellers Saal in der Kopenstraße eine große Protestversammlung statt. Die Referenten Genossen Vren, Silberstein und Luise Ziegler wandten sich gegen die Anträge der bürgerlichen Parteien, welche ein gesetzliches Verbot der Anfechtung empfindungslos verurteilend Mittel vorgeworfen.

Am 4. forderte eine Versammlung des Krankenpflegepersonals die gesetzliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse.

Am 5. protestierte eine imposante Versammlung im „Deutschen Hof“ (Zuckerstraße) gegen die Verurteilung der Genossen Luxemburg.

Am 7. wurde Genosse Weber als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ wegen Kronprinzenbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 8. wurde der Freitag abgebrochen, mehrere gut besuchte Frauenversammlungen dienten der Agitation unter dem weiblichen Proletariat und der Forderung: Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Leben. Diese Veranstaltung leitete die erste Woche ein, welche einer regen Agitation für die Sozialdemokratie gewidmet war.

Die am 8. vollzogenen Gemeindevorwahlen in Prenzlau, Niederschönhausen und Hohenschönhausen brachten unserer Partei beachtenswerte Erfolge.

Am 15. fanden Gemeindevorwahlen in einer Reihe anderer Vororte statt.

Am 15. und 16. hielt der Holzarbeiterverband eine Gaukonferenz ab, welche neben der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten Stellung zum Verbandstage nahm.

Am 18. wurde der Abendtag der Märzländer in üblicher Weise durch Wiederlegung zahlreicher Kränze an den Gräbern im Friedrichshain gefeiert.

Am 28. begann die Kussperren der Karmozarbeiter anlässlich der vom Steinarbeiterverband einseitigen Lohnabwertung.

Am 28. feierten die Genossen des Wahlkreises des fünf- undzwanzigjährigen Bestehens ihrer Organisation.

Am 29. tagte in der „Neuen Welt“ eine von Tausenden besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter. Sie beschloß den Streik, weil ihr die Jugendämter, wo die die Unternehmer für den Abschluß eines neuen Tarifs gemacht hatten, nicht genügt. Der Streik kam aber nicht zum Ausbruch, denn eine Urabstimmung, die einige Tage später vorgenommen wurde, ergab nicht die notwendige Mehrheit für den Streik. Bald darauf wurde der neue Tarif abgeschlossen.

Am 30. gedachte der „Vorwärts“ des Tages, an dem er vor 30 Jahren ins Leben getreten war.

Am 31. beschloßen die Steinarbeiter die Arbeitsüberlegung in allen Betrieben, welche die Forderungen nicht bewilligt hatten. Inzwischen war auch ein Teil der Sandstein- und Gneissteinarbeiter abgestimmt worden.

April.

Am 1. beschloßen die Maßschuhmacher den Streik, weil ihre Forderungen von den Arbeitgebern nicht bewilligt worden waren.

Am 9. wurde eine unpolitische Jugendversammlung in Lichtenberg von der Polizei aufgelöst.

Am 15. traten die Kraftloshilfsführer in den Streik in denjenigen Betrieben, die infolge eines Beschlusses der Drochsenbesitzer Lohnniedrigkeit gemacht hatten.

Am 16. fand in Lichtenberg eine Parteiverammlung gegen das völkerrhetorische Vorgehen vom 9. statt. Die Polizei hinderte die Jugendlichen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Die Jugendlichen gingen nach einem anderen Lokal, wurden auch dort von der Polizei vertrieben und auf der Straße stellten sich ihnen Schuppleute mit blanken Säbeln entgegen, um die Jugendlichen am Betreten des Berliner Gebiets zu hindern.

Am 21. tagte in der „Neuen Welt“ eine massenhaft besuchte Frauenversammlung. Es war eine wirkungsvolle Friedensdemonstration. Mehrere ausländische und deutsche Parteigenossinnen hielten begeisterte, mit stürmischem Beifall aufgenommene Reden für den Völkerrhetoren.

Am 23. wurde in Lichtenberg wieder eine Jugendversammlung durch die Polizei aufgelöst, obwohl dort nichts weiter als das Thema: „Die Pflege der Seidenraupe“ behandelt werden sollte. Eine hierauf angelegte Mitgliederversammlung des Wahlkreises löste die Polizei ebenfalls auf und betrieß die Teilnehmer aus dem Saal.

Am 26. und 27. hielt der Holzarbeiterverband eine Reichskonferenz der Modelistiker ab.

Am 28. wurde der Streik der Kraftloshilfsführer durch erfolgreiche Verhandlungen des hiesigen Einigungsamts beigelegt. Doch zeigte sich später, daß man in Unternehmerrreisen die Einigungsbedingungen nicht beachtete, woraus dann neue Konflikte ausbrachen.

Der Propaganda für den Kinderzuschuß dienten zwei am 28. abgehaltene Versammlungen im jehstien Wahlkreise.

Der am 28. erfolgte Tod des Genossen Albert Faenzi rief einen alten, bewährten Kämpfer aus den Reihen der Parteigenossen.

Mai.

Nachdem die Maifeier in herkömmlicher Weise durch Gewerkschafts- und Parteiverfassungen begangen war, schloß in mehreren Versammlungen, die am 5. und 6. abgehalten wurden, wieder die Propaganda für die Bestrebungen der Kinderzuschußkommission ein.

Am 6. tagte in der „Neuen Welt“ eine von 5000 Funktionären der freien Gewerkschaften besuchte Versammlung. Sie protestierte dagegen, daß die Polizeibehörde mehrere Gewerkschaften als politische Vereine erklärt hatte.

Am 7. bereiteten die Maßschuhmacher ihren Streik mit teilweisem Erfolg.

Am 9. beschloßen die Steinarbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit, da eine Vereinbarung mit den Unternehmern einige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse gewährleistet.

Am 10. sprach Genosse Richard Hadelbush, der in langjähriger Parteiarbeit im vierten Wahlkreise gewirkt hatte.

Am 12. forderte eine Versammlung der Bäcker die gesetzliche Einführung eines zehntägigen Ruhetages in jeder Woche.

Am 17. wurde in der Generalversammlung des Wahlkreises Niederbarnim der Jahresbericht des Vorstandes erörtert.

Am 20. beantrug die Maßschuhmacher ihre Lohnbewegung durch Annahme des vorerwähnten Tarifs.

Am 24. fand eine Konferenz der Bildungsausläufer von Groß-Berlin statt, welche die Richtlinien für die Bildungsarbeit festlegte.

Am 26. wurden 17 Versammlungen abgehalten, welche für ein freies Wahlrecht in Preußen demonstrierten.

Am 28. tagten die Generalversammlungen der sechs Berliner Wahlkreise, welche die Geschäftsberichte der Vorstände entgegennahmen und die Vorstandswahlen vollzogen.

Juni.

Am 5. wurde in der Generalversammlung des Wahlkreises Teplitz-Deßau der Jahresbericht des Vorstandes erörtert.

Am 10. verurteilte das Gericht den Genossen Diezels als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ zu 300 M. Geldstrafe wegen einer humoristischen Parodie, durch die sich die Polizei beleidigt fühlte.

Am 11. nahm eine Versammlung der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend den Jahresbericht entgegen, welcher erkennen ließ, daß die Gewerkschaften trotz der wirtschaftlichen Krise an Kraft und Leistungsfähigkeit nichts eingebüßt hatten.

Am 13. traten die Maßschuhmacher in den Streik, um als hauptsächlichste Forderung den Achtstundentag zu erringen.

Am 14. tagte die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins. Der Vorstand erörterte den Jahresbericht. Daran schloß sich eine lebhafte Debatte über Fragen der Politik, besonders über den politischen Massenstreik. Bald darauf wurde gegen einige Genossen, welche zu dieser Frage gesprochen hatten, ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das aber in letzter Zeit eingestellt wurde.

Am 21. wurde die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine fortgesetzt. Es wurden auf den „Vorwärts“ bezügliche Fragen behandelt und die Einführung des Wochenabonnements beschlossen.

Juli.

Am 5. und 6. tagte eine Konferenz der Krankenkassen der Provinz Brandenburg.

Am 22. wurde Genosse Scholz als verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“ zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wegen eines historischen Artikels über die Stellung der Junker zur Monarchie, in welchem das Gericht eine Majestätsbeleidigung erkannte.

Am diese Zeit machten sich in der Öffentlichkeit die drohenden Anzeichen des Krieges bemerkbar. Die Situation wurde von Tag zu Tag gespannter. Als gegen Ende des Monats der Krieg zwischen Serbien und Oesterreich ausgebrochen und die Entschelung des Weltkrieges in unmittelbarer Nähe gerückt war, setzten in Berlin Kundgebungen für und gegen den Krieg ein.

Am 18. veranstaltete die Berliner Parteileitung eine Anzahl von Volksversammlungen, welche gegen den Krieg protestierten und für die Erhaltung des Friedens demonstrierten. Auf den Straßen, besonders hinter den Linden veranstalteten unsere Parteigenossen Demonstrationen zugunsten des Friedens.

August.

Nur Sonntag, den 2. hatte die Berliner Parteileitung eine große Friedensdemonstration im Tempelhofer Park geplant, die aber am 31. Juli, dem Tage der Verkündung des Kriegszustandes, durch die Behörde verboten wurde. Der Versuch der Parteileitung, am Dienstag, den 4. August, eine Anzahl öffentlicher Versammlungen zu veranstalten, scheiterte ebenfalls an dem behördlichen Verbot.

Nachdem am 1. August die Mobilmachung angeordnet und die Beteiligung Deutschlands am Krieg zur Tatsache geworden war, trat der Bundesrat zusammen ein, welcher der Presse und dem Parteileitungswesen einseitige Beschränkungen auferlegte. Auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung trat zunächst eine völlige Stille ein. Die Streiks der Holzarbeiter und der Kraftloshilfsführer wurden in Rücksicht auf den Kriegszustand beigelegt.

Die erste Stellung, welche sich nach dem Ausbruch des Krieges in den Reihen des Proletariats bemerkbar machte, war die von unseren Parteigenossen vermittelte Subskription für die unter den Folgen des Krieges leidenden Arbeiterfamilien. Die Parteigenossinnen nahmen sich der Kinder von Kriegsteilnehmern an, sie organisierten eine Kranken- und Wöchnerinnenhilfe und stellten sich den künftigen Unterstützungskommissionen zur Verfügung.

Während der Zeit kam das Parteileitungswesen wieder in Gang. Eine Anzahl gewerkschaftlicher Versammlungen schloß Beschlüsse über eine den besonderen Verhältnissen angepaßte Neuorganisation des gewerkschaftlichen Unternehmensewesens. In den Betrieben, welche für den Kriegszustand arbeiteten, beschäftigte man sich mit der Befestigung

der Wäme und der Arbeitszeit unter dem Gesichtspunkt, daß vorhandene Arbeitsgelegenheit möglichst gleichmäßig unter den Arbeitslosen verteilt werde.

September.

Am 12. Kommunalwahlbezirk, wo infolge der Mandatverteilung des Genossen Krone ein Nachwahl erforderlich war, am 6. ein Wahlflugblatt verbreitet und am 8. eine öffentliche Wahlversammlung abgehalten. Das war die erste öffentliche Wahlversammlung nach dem Ausbruch des Krieges. An ihre Geschäftsberichte hatte die Behörde die Bedingung geknüpft, daß keine Diskussion stattfinden dürfe. Durch die am 13. vollzogene Wahl erhielt Genoss Zedlitz das Mandat des 12. Bezirkes.

Am 14. tagte der „Vorwärts“ (Reaktion, Expedition, Truders Buchhandlung) in sein neues Heim, Lindenstr. 3. ein.

Am 15. tagte in Volkshilfsers Saal in der Galtstraße eine Volksversammlung, die sich mit dem Thema beschäftigte: „Was ist der Kriegszustand abzuheben?“

Am 22. wurde das Erscheinen des „Vorwärts“ für drei Tage verboten.

Am 28. wurde der „Vorwärts“ zum zweitenmal verboten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am 28. in mehrschifft mit den Vertretern anderer Gewerkschaften eine Versammlung ab, die sich gegen das Verhalten mehrerer Berggemeinden ausdrückte, welche die gewerkschaftlichen Unternehmern von den durch die Gemeinden gewährten Vorstandsunterstützungen abschieben wollten. Diese Angelegenheit hat auch später noch einmal die gewerkschaftlichen Zustände beschäftigt.

Oktober.

Am 1. konnte der „Vorwärts“ wieder erscheinen unter dem Oberkommando der Partei gehalten Bedingung, daß Thema „Klassenkampf und Arbeiterkampf“ in seinen Spalten nicht berührt werde.

Am 6. fanden vier Mitgliederversammlungen des Wahlkreises für den letzten Reichstagswahlkreis statt mit dem Thema: „Die sozialen Aufgaben während des Krieges“. Das waren erstein nach Ausbruch des Krieges abgehaltenen Parteiverfassungen, denen bald darauf auch in den anderen Wahlkreisen Versammlungen mit dem gleichen Thema folgten.

Am 22. hielt die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend ihre Generalversammlung ab, welche den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegennahm, der einen günstigen Stand der Genossenschaftsbewegung befand.

Am 28. gedachten die Gold- und Silberarbeiter der Bekleiden ihrer Organisation.

Gegen Ende des Monats rief der Tod wieder zwei Genossen aus unserer Mitte. Am 28. starb Oswald seit vielen Jahren im Kreise Arbeiterbarnim für die Arbeiter. Ihm folgte am 30. Genosse Ernst S. vierter Berliner Wahlkreise hervorragend tätig war.

November.

Bei den in mehreren Vororten vollzogenen Kommunalwahlen unterstützte unsere Parteigenossen, einer Anregung anläßlich der Wahl, mit Rücksicht auf den Kriegszustand einen Wahlkampf, so daß den Parteien ihr Verbleiben an denen gewährleistet wurde.

Am 17. beging der Wahlverein Charlottenburg den 25. Jahrestag seines Bestehens.

Dezember.

Am 7. sprach Martin Cael, der Vorsitzende des Verbandes Brauerei- und Mälzereiarbeiter, beurlaubt von den Gewerkschaften und Parteimitgliedern.

Am 23. stellte eine Versammlung des Ausschusses der Großen Berliner Straßenbahn Forderungen auf Lohnneben und Regelung der Arbeitszeit.

Das Weihnachtsfest wurde den arbeitslosen Mitgliedern der Gewerkschaften sowie den Angehörigen ihrer Kreise dadurch beschönt, daß sie besondere Unterstützungen verschiedener Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in Form von Weihnachtsfesten für die Kinder der arbeitslosen Mitglieder erhielten und brachten dadurch in trüber Zeit ein Schimmer von Freude in viele notleidende Familien.

Am 30. eröffnete die Neue freie Volkshilfsbühne ihr neues Heim „Volkshilfsbühne, Theater am Säulengang“. So schön das im Feld des künftigen Weltkrieges lebende Jahr mit einem herzerregenden Friedens- und Kulturfest ab, das für die Kampfbühne in der Berliner Arbeiterbewegung für alle Zeit von großer Bedeutung sein wird.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 118 der preussischen Armee an Verluste folgender Truppen:

- Reservendivision des 20. Reservekorps.
Stappen-Kommandantur Nr. 3 des 15. Armeekorps.
Stab der Div. v. Freytag, der 6. Garde-Inf.-Brig. und 25. gem. Landw.-Brig.
1. 3., 4. und 5. Garde- und 1. Garde-Res.-Reg.; Garde-Regiment Alexander und Franz; Garde-Jäger- und Garde-Näger-Bat.; Gren.-Biv. Inf.-Biv. Inf.-Regiment Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 17, 20, 21, 26, 28, 31, 33, 44, 45, 46, 47, 51, 53, 55, 56, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 66, 69, 78, 77, 78, 79, 80, 84, 85, 88, 90, 99, 100, 118, 133, 136, 141, 143, 145, 146, 147, 149, 151, 153, 154, 159, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Hd. Nr. 6; Corps-Brüderverein des 10. Armeekorps; cf. Provinzial-Kol. Nr. 15 des 7. Reservekorps; Reichs-Kol. Nr. 8 des 9. Provinzial-Kol. Nr. 1 des 18. Armeekorps; Reichs-Kol. Nr. 1 des 2. und Nr. 5 des 9. Armeekorps; Reichs-Kol. Nr. 3 des 10. Armeekorps; Reichs-Kol. Nr. 20 des 13. Armeekorps; Reichs-Kol. Nr. 62; Reichs-Kol. Nr. 14 des 10. Armeekorps; Reichs-Kol. Nr. 1 des 10. Armeekorps.

Bayerische Verwilligung Nr. 181 meldet Erlaube des 5. Reg. München; 1, 2, 7, 13, 15, 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

### Zum Mietsrecht.

Kenne Liffin sendet uns auf unsere Darlegung vom 25. Dez. eine längere Ausführung, in der er betont, daß der Bericht eine Verlesung des Bezirks 4 der Verwaltungsstelle ist, den wir der Nr. 32 des „Freien Gastwirt“ entnahmen. Er schreibt u. a.: In der Verlesung berichtete der Bezirksleiter Pietzsch, die Ortsverwaltung eine aus drei Kollegen bestehende Mietungskommission gewählt habe. Es wurde bemängelt, daß in Kommission nicht jeder von den sechs Bezirken vertreten sei, u. meldete sich mein Kollege K r o n e zum Wort und bemerzte, eine solche Kommission überhaupt überflüssig sei, da der „Vorwärts“ die Sache bereits genügend geklärt habe. Auf Grund der Ausführungen habe ich gesagt, daß die Anschuldigungen irrtümlich sind. Die Frage sei noch nicht geklärt, selbst unter der Voraussetzung, wenn die allgemeine Auffassung sei, gegen die im Felde befindlichen Mieter das Verfahren einzuleiten müsse, jedoch haben die Gerichte auch schon anders entschieden. Bei dem Geschäftsmann komme nicht wie bei dem Bauern und Beamten nur die Wohnung, sondern das Geschäftsfaktum in Betracht. Es sind Fälle bekannt, wo nicht nur Amtsgerichte, sondern Landgerichte der Frau wohl die Wohnung belassen, für den Mann jedoch auf Räumung erkannt haben.

Ich habe mich nicht zu den Waffen berufen und durch den Krieg seinen vertraglichen Pflichten nachzukommen. Ich habe die Sache durch den „Vorwärts“ bereits geklärt. Die Ausführungen des „Vorwärts“ bei ihrer Verzerrung hier handelt es sich aber um die Mehrzahl der Fälle. Ich habe hingewiesen, daß in diesem Fall ein sehr wichtiger Punkt eine große Rolle spiele. Die meisten Geschäfte in Großstädten werden durch Kauf von einer Hand in die andere. Der Verkäufer nur möglich, wenn die Verkäufer des Geschäftes für die Bürgschaft für den pünktlichen Eingang der Mieten. Die Gerichte haben in händiger Spruchpraxis entschieden, daß der Bürge zuerst in Anspruch zu nehmen sei. Für die Bürge trifft auch nicht zu, daß die Frau nur als Bürge kommen. Kein Hauswirt schließt einen solchen Vertrag, wenn der Schankwirt der Laden nur vermietet, wenn Mann als Mieter auftritt. Es wird daher bei dem Schankwirt schließlich jeder Fall anders liegt, wohl auch von Fall zu Fall verschieden.

Ich möchte noch bemerken, daß eins nicht für alles paßt. Das Mietsrecht unterscheidet sich von den meisten Gewerbebetrieben, daß es ein konfessionisiertes Gewerbe ist und ein Recht zu vorzuziehen und muß mir gerade aus Verantwortlichkeitsgründen verfallen, meine Erfahrungen auf diesem Gebiet im gegenwärtigen Augenblick öffentlich zu erörtern, später bietet sich wohl zu reichlich Gelegenheit.“ Paul Liffin.

Das Gerichte Liffin danach nicht das ausgeführt, was der „Freie Gastwirt“ ihn sagen läßt, so entfallen natürlich auch unsere oben gerichteten Bemerkungen. Hat ein Landgericht auf Räumung des Geschäftstotals gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers, so hat es das Gesetz verletzt. Ans ist kein einziger Fall bekannt geworden. Hat das Landgericht etwa als erste Instanz so erkannt, so wird das Urteil seine Korrektur beim obersten Gericht finden. Eine Revision ist aus den früher wiederholt gelegten Gründen nach Ansicht des Reichsgerichts und aller nachfolgenden erheblichen Kommentatoren, auch wenn die Revision nicht erfolgt sein sollte, unzulässig. Ich habe nicht unangeführt die Frage, wie es in den Fällen, in denen der Gastwirt (oder sonstige Mieter) nicht gerufen ist. Auf diese Fälle sind, wie wir wiederholt haben, die Bundesratsverordnungen vom 7. und 11. April 1915 anwendbar. Danach hat der Richter, wenn die Frau es rechtfertigt und eine Zahlungsfähigkeit dem Vermieter unermesslich nachteilig bringt, das Recht zu verweigern, eine mit der Verlesung des Urteils ein Zahlungsfähigkeit von längstens drei Monaten zu verweigern, daß die wegen der Nichtzahlung der Mieten nicht rechtzeitigen Zahlung nach dem Vertrag eintreten nicht eintritt oder nur unter bestimmten Bedingungen, z. B. für den Fall der Nichtzahlung vom Vermieter, einzutreten habe. Die Rechtsprechung ist nicht unklar, wohl aber für viele Fälle unbefriedigend.

### Aus der Partei.

Ein Jubiläum. Im Jahre 1915 werden es 25 Jahre, daß in Rudolstadt die „Volkspartei“ heute „Sozialdemokratische Partei“ für Sachsen-Meiningen und Schwarzburg-Byurgau. Da sich damals die Parteibewegung in den Anfangsstadien befand, hatte das neue Parteiprogramm Schwierigkeiten zu kämpfen, und Anfangs Jahren der Verleger und Gründer, jetziger Herr Arthur H o s m a n n, neben seiner Eigenschaft noch als Seiger, Drucker und Expedient fungierten, fand in Rudolstadt keine Heimstätte. Trotz der Schwierigkeiten mußte es am 15. April 1915 ein Parteimitglied sein Domizil in dem entferntesten meiningischen Städtchen Saalfeld die damals in Rudolstadt herrschende Blätter zu vernichten drohte. Das auch ein Regime Meiningens unser Parteiprogramm nicht und Recht noch teuer genug bezahlen mußte. Der Herausgeber: Alfred Hiesing, Rudolstadt. Für den

geht daraus hervor, daß gegen die bisherige Redaktion des Blattes auf über zwei Jahre Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe erkannt wurde. Trotzdem konnte sich unser Parteiprogramm halten und es kam heute mit Genehmigung als Erfolg seiner Tätigkeit feststellen, daß in Sachsen-Meiningen zur letzten Reichstagswahl 26 434, in Schwarzburg-Rudolstadt 10 167 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, während im Meiningen-Landtag neun, im Rudolstädter Landtag acht Parteigenossen eingezogen sind.

### Soziales.

#### Untertagung eines Gewerbebetriebes „als Bauunternehmer und Bauleiter“.

Eine prinzipielle Entscheidung fällt das Oberverwaltungsgericht. Sie betraf die Auslegung des § 35 Absatz 5 der Gewerbeordnung, wo bestimmt ist: „Der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter sowie der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes ist zu unterliegen, wenn Lastschriften vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun.“

Auf Grund dieser Bestimmung hatte die Polizeiverwaltung von Halle a. S. gegen den Klempner und Unternehmer Bau auf Untertagung des Gewerbebetriebs als Bauunternehmer und Bauleiter geklagt. Es wurde geltend gemacht, Bau sei mit Bezug auf das Gewerbe finanziell unzuverlässig, auch entbehre er der technischen Zuverlässigkeit, die für einen Bauleiter notwendig sei. Er sei gelernter Klempner und ihm fehle jede berufliche Vorbildung und Sachkunde für das Baugewerbe. Trotzdem habe er bei mehreren Bauten die Bauleitung selber in der Hand gehabt, da ein gewisser D., der als Bauführer bezeichnet worden sei, tatsächlich nur als Strohmann angesehen werden konnte.

Bau bestritt, daß die ihm gemachten Vorwürfe zuträfen. Der Bezirksausschuß in Merseburg erkannte nach Erhebungen dahin, daß dem Beklagten allerdings wegen finanzieller Unzuverlässigkeit der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer zu unterliegen sei, daß aber die Klage der Polizeiverwaltung abzuweisen sei, soweit sie auch die Untertagung des Gewerbes als Bauleiter verlange. Der Betrieb des Gewerbes als Bauleiter könne ihm deshalb nicht unterlagert werden, weil an den von ihm geleiteten Bauten technische Mängel nicht zutage getreten seien.

Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz hörte noch die Handwerkskammer und die Handelskammer gutachtlich darüber, ob der Begriff des „Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter“ im Sinne des § 35 der Gewerbeordnung ein einheitlicher Begriff sei. Die beiden Korporationen behielten dies. Auf demselben Standpunkt stellte sich ein Ministerial-Kommissar. Das Oberverwaltungsgericht hob darauf die Forententscheidung auf und erzwang die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksausschuß zurück. Begründend wurde ausgeführt:

Der Gerichtshof geht davon aus, daß der im Gesetz (§ 35) gebrauchte Ausdruck Bauunternehmer und Bauleiter ein einheitlicher Begriff sei und nicht getrennt werden könne. Das habe der Senat auf Grund der eingeholten Gutachten angenommen. Das Erkenntnis des Bezirksausschusses, so wie es gefaßt sei, sei daher ein unmögliches. Er habe das Gewerbe als Bauunternehmer und Bauleiter getrennt in zwei Gewerbe, während das Gesetz nur ein Gewerbe damit meine. Das Urteil des Bezirksausschusses müsse darum aufgehoben werden, da nur die gänzliche Abweisung der polizeilichen Klage oder die gänzliche Untertagung des Betriebes des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter in Frage kommen könne. Die Sache sei noch nicht spruchreif. Sie müßte an den Bezirksausschuß zurückverwiesen werden, damit er den einzelnen Tatsachen nach allen Richtungen noch einmal nähere trete.

#### Nahrungsmittelversorgung.

In der Fleischverarbeitungsanstalt zu Rudnig bei Berlin wurden in der letzten Woche Fleischkonferenzen zur Vermeidung eingeleitet. Das Fleisch ist durch einen Fabrikationsfehler in den Dosen verdorben. Man sollte gerade jetzt die größte Vorsicht walten lassen, damit das Verderben großer Massen von Nahrungsmitteln verhindert wird. Es geht da nicht allein um den persönlichen Schaden des fraglichen Fabrikanten, sondern es geht um die Interessen der Gesamtheit. Die Gesundheitsverwaltung hat vor einiger Zeit schon Gelegenheit genommen, den Fleischkonferenzfabriken nachzugehen, die Nacharbeit einzuschränken, weil sie mit Recht befürchteten, daß dabei in sanitärer Hinsicht nicht so einwandfrei gearbeitet werden kann wie am Lager. Sie ist auch sonst sehr bemüht, in den Fabriken, die Fleischkonferenzen für den Heeresbedarf herstellen, allen Grundbedingungen der Hygiene Geltung zu verschaffen und hat auch schon öfters eingegriffen, wo Mängel in dieser Hinsicht offensichtlich wurden.

Wenn Fleischkonferenzen der Vermeidung anheimfallen, so kann die Ursache hierfür vielleicht auch darin liegen, daß heute alle möglichen Leute, die in ihrem Leben noch keine Fleischkonferenzfabrik gesehen haben, Betriebe eröffnen und die fachmännische Leitung oft Personen übertragen, die schon jahrelang nicht mehr in dem Beruf tätig waren und denen für die Konfektionierung des Fleisches jedwede praktische Kenntnisse abgehen. Zu folgern ist daraus, daß, ehe solche Lieferungen vergeben werden, zunächst zu prüfen ist, ob der Betrieb die erforderliche fachmännische Leitung hat, damit der Vermeidung großer Massen von Nahrungsmitteln nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Die Nahrungsmittelproduktion darf nicht in die Hände ungeschulter Unternehmer werden.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 3. IV. Hofstraße, von 10 bis 12 Uhr. Jeden für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Zuzahlung und eine Zahl als Versicherung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Besuche, Schriftsätze und Vergeltungen bringe man in die Sprechstunde mit.

V. 26. 100. 1. Darüber sind wir nicht informiert. 2. Ja. — G. R. 33. Geben Sie die Sie beim Polizeipräsidium Berlin, Abteilung für öffentliche Sicherheit. — G. R. 34. Spandau. Ein medizinische Diagnose können wir uns unmöglich einlassen. — J. 6. 18. Die Maßnahmen der Marine gehören zu den Defensiven. Die Marinemannschaften des Deutschen Reiches unterstehen dem Befehl des Kommandanten ihres Aufstellungsortes. — P. 106. Die Gemeinde kann darauf bestehen. — G. R. 12. 1. Rheumatische Beschwerden. 2. Erkrankung der Zunge. 3. Unterleibschmerzen; Hämorrhoiden. — R. R. 1. Die Zeichen kennen wir nicht. 2. Steuern müssen Sie zahlen von dem Lage an, an dem Sie sich den Hund angeschafft haben. — D. 2. 500. Wenn den Arbeitgeber bei der Abgabe des Vertrages ein Verzeichnis trifft, dann können Sie mit Erfolg Klage erheben. — P. U. 14. Sie müssen einen Kammal zu Ihrer Verletzung haben. — R. R. 40 St. und 1 R. — G. R. 20. Wenn in der Räumung nicht extra bemerkt ist, daß die Frau auch den Mann zu ihrer Räumung ermächtigt, so ist der Mann im Recht. — J. 2. 1. Nach Gerichtsentscheidungen höherer Instanzen kann der einmal 28,85 M. übersteigende Wochenlohn nicht ohne weiteres gekündigt werden, wenn nicht der Jahreslohn 1500 M. übersteigt. Sie müßten sich also wegen der einseitigen ungerechten Lohnherabsetzung an das Amtsgericht wenden. — P. 6. 78. Der Verleser müßte bei Legehennen seinen Eiern, eingehert zu werden, bei einer Verlesung, bis ein öffentliches Siegel fällt, z. B. Schiedsrichter, Bezirksvorsteher, beauftragt haben. Diese Befolgung muß zur Einlieferung der Leide beigebracht werden. — G. 6. 1. Unterleibschmerzen; nur landwirtschaftlich. 2. Wegen Gesundheitsunfähigkeit größerer Gebiete nur landwirtschaftlich. — D. 2. 7. Die Benennung werden Sie nicht richtig gehört haben. — D. R. Rein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmorgen: Ein wenig kälter. Im Süden etwas wärmer, aber noch sehr unbeständig, im Westen und längs der Küste überwiegend bewölkt und wiederholt leichte Regenfälle. Informativell verwandt: 24. Straße, Berlin. Druck u. Verlag: G. R. 33. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 53.

Theater für Donnerstag, 31. Dezbr.

Berliner Theater 7 1/2 Uhr: „Extrablätter!“

Deutsches Künstler-Th. 7 1/2 Uhr: Luther.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 7 Uhr: Zigeunerbaron.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. 7 1/2 Uhr: Gasparone.

Gebr. Herrfeld-Theater 8 Uhr: So leben wir! Zwei leuchtende Punkte.

Kleines Theater 8 Uhr: Ernst Schwanke.

Komödienhaus 8 Uhr: Biedermeier.

Lessing-Theater 7 1/2 Uhr: Jugendfreunde.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Leutnantsmündel.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Woran wir denken!

Montis Operettentheater. 7 Uhr: Der liebe Papi.

Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Krümel vor Paris.

Rose-Theater 8 Uhr: Sein ganzes Glück.

Schiller-Theater O. 8 Uhr: Heiligenwald.

Schiller-Th. Charlottenb. 8 Uhr: Husarenlieber.

Thalia-Theater 7 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpf. 7 1/2 Uhr: Immer feste druff! Morg. 3 1/2 Uhr: Der Verschwenker Zum 1. Male.

Theater a. d. Weidendammerbrücke. 7 Uhr: Die deutsche Marke.

Morg. 3 1/2 Uhr: Vater zieht ins Feld.

Theater des Westens. 7 Uhr: Waldmeister.

Theater in d. Königgrätzer Straße. 7 1/2 Uhr: Rausch.

Trianon-Theater. 7 Uhr: Das Liebesnest.

Volksbühne, Theater am Bülowplatz 8 1/2 Uhr: Götz von Berlichingen. Z. 1. Male.

Walhalla-Theater 8 1/2 Uhr: Die Förster-Christl.

URANIA Taubenstr. 48/49. 4 Uhr (Halbe Preise): Die Weichsel und die masur. Seen.

Abends 8 Uhr: Die Weichsel und die masurischen Seen.

Casino-Theater. Rosininger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Wieder ein neuer Schläger. Der größte Erfolg seit Bestehen: Durch Dick und Dünn.

Holla-Lustspiel in 3 Akte v. Hans Berg. Dazu erstl. Spezial-Stripsaufnahmen. 1. u. 3. Jan. 4 Uhr: Friede auf Erden.

Voigt-Theater. Sadstr. 58. Sadstr. 58. Heute Donnerstag, den 31. Dezember: „Im Altenteil“ oder: Des Vaters Segen baut den Kindern Häuser. Rauffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Theater-Folies-Capricio 8 1/2. Posen-Theater 8 1/2.

Moritz wird energisch. Das Leutnantsfenster. Landwehrleute. Martin Kettner a. G.

Heute: Gr. Silvester-Programm! Anfang 8 Uhr.

Ziehung am 7.-9. Januar Deutsche Luftfahrer-Lotterie

7364 mit 90 % garant. Gew. zus. M.

200 000  
60 000  
30 000  
20 000

Losse à 3 Mark bei freier Zusendung des Loses und Gewinnliste empfiehlt und versendet

Carl Heintze, BERLIN W. Unter den Linden 8.

SARRASANI

An allen Nachmittags-Vorstellungen zahlen Kinder und Militärs bis zum Feldwebel halbe Preise

Freitag (Neujahr), Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. Januar:

3 Uhr 7 1/2 Uhr  
2 Fest-Vorstellungen 2

Zirkus Alb. Schumann.

Donnerstag, den 31. Dezember: Anf. abds. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Gr. Sport-Vorstellung.

Um 9 1/2 Uhr: Ost und West

Gr. patriot. Schauspiel in 4 Akte. Vorher: Das ausgewählte Paar. U. a.: Weiss's 5 Bären als Rutschschluder u. Radfahrer. — Uran, Orang-Utang als Akrobat. — C. Barons urkom. Löwen, Tiger (Parodie).

Morgen Freitag, 1. Januar 1915: 2 große Vorstellungen 2 nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 U.

WINTERGARTEN

Letztes Ansehen: Ferdinand Bonn sowie der glänzende Dezember-Spielplan! Kleine Preise.

Freitag, den 1. Januar: Grete Wiesenthal

sowie der neue Januar-Spielplan.

Wegen Vorbereitungen für das Januar-Programm findet am 1. Januar kein Nachmittags-Vorstellung statt!

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.

Heute: Gr. Silvester-Programm!

Anfang 8 Uhr.

Reste Damen-Tuche schwarz u. farblich. Konfektion Paletots, Jacketts, Abendmäntel, Kostüme und Kostüm-Röcke in grosser Auswahl. C. PELZ Kottbuser Strasse 5. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 9884.